

IAB-Betriebspanel Ost: Ergebnisse der achten Welle 2003. T. 3, Wirtschaftliche Lage der Betriebe, Öffentliche Förderung

Bellmann, Lutz; Dahms, Vera; Wahse, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bellmann, L., Dahms, V., & Wahse, J. (2004). *IAB-Betriebspanel Ost: Ergebnisse der achten Welle 2003. T. 3, Wirtschaftliche Lage der Betriebe, Öffentliche Förderung*. (IAB Forschungsbericht : Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/2004). Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-330490>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Nr. 4/2004

IAB-Betriebspanel Ost - Ergebnisse der achten Welle 2003 - Teil III

Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse

IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der achten Welle 2003 – Teil III

Wirtschaftliche Lage der Betriebe Öffentliche Förderung

Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse

Mit der Publikation von Forschungsberichten will das IAB der Fachöffentlichkeit Einblick in seine laufenden Arbeiten geben. Die Berichte sollen aber auch den Forscherinnen und Forschern einen unkomplizierten und raschen Zugang zum Markt verschaffen. Vor allem längere Zwischen- aber auch Endberichte aus der empirischen Projektarbeit bilden die Basis der Reihe, die den bisherigen „IAB-Werkstattbericht“ ablöst.

Abstract

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) führt seit 1996 jährlich eine Arbeitgeberbefragung in ostdeutschen Betrieben durch (IAB-Betriebspanel Ost). Im Sommer 2003 fand diese Befragung zum achten Mal statt, um aktuelle repräsentative Daten über die Beschäftigungsentwicklung und deren Bestimmungsgrößen in den neuen Bundesländern zu erhalten. Für die Auswertungen in Ostdeutschland liegen für das Jahr 2003 Interviews von 5.767 Betrieben vor. Mit der Stichprobe wurden 1,4 Prozent der Betriebe mit 11,3 Prozent der Beschäftigten erfasst. Die befragten Betriebe repräsentieren die Grundgesamtheit von 401.018 Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland.

Tarifbindung

Die Tarifbindung ist im Jahr 2003 in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland. In Ostdeutschland sind 26 Prozent aller Betriebe tarifgebunden (Branchen- bzw. Haustarifvertrag), in Westdeutschland 46 Prozent. Darüber hinaus orientieren sich weitere 32 Prozent der Betriebe an einem Branchentarif. Diese Orientierung beinhaltet, dass 86 Prozent dieser Betriebe vergleichbare oder höhere Löhne in Bezug auf den Branchentarifvertrag zahlen. Somit erhalten in Ostdeutschland immerhin 75 Prozent aller Beschäftigten eine dem Tarif entsprechende Bezahlung (in Westdeutschland 86 Prozent).

Eine Orientierung am Branchentarifvertrag kann sich neben der Lohnhöhe auch auf andere Leistungsbestandteile beziehen. Weit verbreitet ist eine Orientierung an der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit und dem Jahresurlaub (jeweils über zwei Drittel aller Betriebe mit Orientierung am Branchentarifvertrag). Dagegen zahlen aber nur 29 Prozent der Betriebe Zusatzleistungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld entsprechend gültiger Tarifverträge.

In Ostdeutschland zahlen lediglich 14 Prozent aller Betriebe mit Tarifvertrag übertarifliche Löhne und Gehälter. In Westdeutschland sind es dagegen 43 Prozent. Die Verbreitung der übertariflichen Zahlung ist somit in westdeutschen Betrieben deutlich höher. Die durchschnittliche Höhe der

übertariflichen Bezahlung bewegt sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland bei 11 Prozent.

Produktivität

Der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber Westdeutschland ist nach wie vor beträchtlich. Er hat sich in den letzten Jahren nicht gravierend verringert. Die ostdeutschen Betriebe erreichten 2002 62 Prozent der westdeutschen Werte. Bei einem Vergleich auf Basis von Vollzeitäquivalenten würden sich die Relationen aufgrund der längeren Arbeitszeit in Ostdeutschland um 4 Prozentpunkte weiter verschlechtern.

Die Branchenstruktur der ostdeutschen Wirtschaft ist durch einen zu hohen Anteil relativ wertschöpfungsarmer Betriebe gekennzeichnet. Rückstände in der Forschungs- und Entwicklungsintensität wie in der Exportquote stehen vor allem mit dieser Grundstruktur im Zusammenhang. Die Betriebsgrößenstruktur ist durch einen deutlich geringeren Anteil von Großbetrieben charakterisiert. Die Betriebe in westdeutschem und ausländischem Eigentum gehören zu den Hauptträgern der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern.

Investitionen

Die Investitionsbereitschaft der ostdeutschen Betriebe ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Dies gilt gleichermaßen für das Investitionsvolumen wie die Investitionsintensität. Diese Tendenz hat sich 2003 fortgesetzt.

Das Gewicht der Investitionen im produzierenden und speziell im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands liegt wesentlich unter dem westdeutschen Vergleichswert.

Die ostdeutschen Betriebe verfügen über einen mit westdeutschen Betrieben vergleichbaren modernen technischen Stand bei den Anlagen. Auch die Ausstattung mit Computern und der Netzzugang sind vergleichbar. Der Investitionsanteil für diese Technologien war im Jahr 2002 aber deutlich geringer als in westdeutschen Betrieben, was als ein Warnsignal für die zukünftige Entwicklung gesehen werden kann.

Öffentliche Förderung ist ein wesentlicher Bestandteil des Investitionsvolumens (Ostdeutschland 20 Prozent, Westdeutschland 6 Prozent). Ihre zielgerichtete Fortsetzung ist eine Bedingung für die Wiederaufnahme und die Fortsetzung des Aufholprozesses.

Öffentliche Förderung

Die Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel leisten mit 7,1 Mrd. € 2002 einen beträchtlichen Beitrag zur Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen. Mit rückläufiger Tendenz haben 11 Prozent der ostdeutschen Betriebe (3 Prozent in Westdeutschland) 2002 zumindest eines der Instrumente der Wirtschaftsförderung in Anspruch genommen.

Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten haben 2002 25 Prozent der Betriebe in Anspruch genommen (8 Prozent der Beschäftigten). In Westdeutschland liegt die Inanspruchnahme von Lohnkostenzuschüssen relativ konstant auf einem Niveau von 9 Prozent der Betriebe und 2 Prozent der Beschäftigten.

7 Prozent der ausbildenden ostdeutschen Betriebe (2 Prozent aller Betriebe) erhalten Fördermittel für ihre berufliche Ausbildung (Westdeutschland 4 bzw. 1 Prozent).

Datenerhebung:

TNS Infratest Sozialforschung / TNS Infratest

Nürnberg und Berlin, Juli 2004

Das IAB-Betriebspanel (Basisstichprobe) wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

1 Datenbasis

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) führt jährlich eine Arbeitgeberbefragung in ostdeutschen Betrieben durch (IAB-Betriebspanel Ost). Im Jahre 2003 fand diese Befragung zum achten Mal statt. Ebenfalls zum achten Mal wurden mit Hilfe von Aufstockungsstichproben eigene Panels für alle ostdeutschen Länder und Berlin erarbeitet. In gleicher Weise beteiligen sich seit dem Jahr 2000 mittlerweile - mit Ausnahme Hamburgs - alle westdeutschen Bundesländer.

Im Jahr 2003 liegen für Querschnittsauswertungen in Ostdeutschland verwertbare Interviews von 5.767 Betrieben vor. Als Betrieb wird die örtliche Einheit eines Unternehmens verstanden, in dem die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen tatsächlich durchgeführt wird.¹ Die befragten 5.767 Betriebe repräsentieren die Grundgesamtheit von 401.018 Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland.²

Mit der Stichprobe wurden 1,4 Prozent der genannten Betriebe erfasst. Dieser Anteil ist in den einzelnen Zellen unterschiedlich. Dabei gilt, dass im Interesse von statistisch gesicherten Aussagen die oberen Betriebsgrößenklassen erheblich stärker in der Stichprobe vertreten sind als die Klasse der kleineren Betriebe. Daher ist der Erfassungsgrad bezogen auf die Beschäftigtenzahl mit 11,3 Prozent deutlich höher als in Bezug auf die Zahl der Betriebe.

Ziel dieser Arbeitgeberbefragung ist es, aktuelle repräsentative Daten über die Beschäftigungsentwicklung und deren Bestimmungsgrößen in den neuen Bundesländern zu erhalten. Dazu werden auf der Grundlage einheitlicher Fragebogen mündliche Interviews mit Inhabern, Geschäftsführern bzw. leitenden Mitarbeitern in Ostdeutschland ansässiger Betriebe durchgeführt. Diese Angaben werden in der vorliegenden Studie für Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost) zusammengefasst und zumindest auf ag-

¹ Befragte Einheit ist in der Regel die durch die Betriebsnummer definierte betriebliche Einheit, die im Rahmen der Meldepflicht zur Sozialversicherung vom Arbeitsamt vergeben wird.

² Ohne private Haushalte mit weniger als fünf sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

gregierter Basis den Paneldaten für Westdeutschland gegenübergestellt. Dies ist aufgrund des gleichen Fragenprogramms und des gleichen Erfassungs-, Hochrechnungs- und Auswertungsverfahrens ohne methodische und definitorische Schwierigkeiten möglich.

Ein zentrales **Schwerpunktthema** wurde in den Fragebogen der achten Welle explizit nicht aufgenommen. In der folgenden Auswertung sind aber - ausgehend von der Frage nach stärkeren Schwankungen der Produktion bzw. der Geschäftstätigkeit - die verschiedensten Instrumente zur Bewältigung dieser Schwankungen gebündelt worden. Unter dem Stichwort „Betriebliche Flexibilisierung“ wurden Fragenkomplexe zur Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigung, befristeten Arbeitsverhältnissen, geringfügiger Beschäftigung (400-€-Kräften), Midi-Jobs, Kurzarbeit und Überstunden zusammengefasst und ausgewertet.

Die mit dem Panel gewonnenen Ergebnisse über die betriebliche Nachfrage nach Arbeitskräften verbessern wesentlich die Informationsbasis, die von amtlichen statistischen Daten geboten wird. Dies gewinnt in dem Maße zusätzlich an Bedeutung, wie das Statistische Bundesamt seine getrennte Berichterstattung für Ost- und Westdeutschland reduziert.

In Anbetracht der bereits zum achten Mal durchgeführten Arbeitgeberbefragung in Ostdeutschland konnten Querschnittsvergleiche über die Jahre 1996 bis 2003 in die Auswertung aufgenommen werden.

Die Gliederung der Betriebe nach Wirtschaftszweigen erfolgt entsprechend der in der amtlichen Statistik verwendeten Strukturierung (WZ 93).

Bei der Auswertung wird in der vorliegenden Studie in Bezug auf die Branchen folgende Verfahrensweise gewählt:

Die Branchen Organisationen ohne Erwerbscharakter und öffentliche Verwaltung werden getrennt dargestellt.

Innerhalb der gesamten Dienstleistungen werden die unternehmensnahen Dienstleistungen gesondert ausgewiesen. Diese Dienstleistungen (Datenverarbeitung und Datenbanken; Forschung und Entwicklung; Rechts-, Steuer-, Unternehmensberatung, Werbung, Marktforschung; Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen, übrige Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) gelten als Wachstumsmotor und

Hoffnungsträger für neue Arbeitsplätze. Die Verflechtung von industrieller Produktion und Dienstleistungen wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen.

Neben den unternehmensnahen Dienstleistungen werden die personenbezogenen Dienstleistungen in drei Untergruppen ausgewiesen. Wie in den vorherigen Panels werden Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen aufgrund ihrer Bedeutung, Abgrenzbarkeit und Größe jeweils gesondert dargestellt. Eine dritte Untergruppe der personenbezogenen Dienstleistungen bilden die übrigen Dienstleistungen. Dazu gehören Gaststätten und Beherbergungsgewerbe; Entsorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung; Kultur, Sport und Unterhaltung; andere Dienstleistungen wie Wäscherei, Reinigung, Friseurgewerbe, Kosmetik, Bestattungswesen, Bäder, Saunen, Solarien usw. Auch die personenbezogenen Dienstleistungen zählen zu den Hoffnungsträgern für neue Arbeitsplätze in Ostdeutschland.

Alle in der vorliegenden Studie ausgewiesenen Angaben beruhen auf einer Hochrechnung. Diese erfolgte in zwei Schritten:

1. Gewichtung der antwortenden Betriebe (Ist-Matrix) entsprechend der der Stichprobe zugrunde liegenden Struktur der Datenbasis, nämlich der Verteilung der Betriebe nach Branchen und Betriebsgrößenklassen (Soll-Matrix). Daraus wird jeweils ein Hochrechnungsfaktor pro Betrieb ermittelt. Die sich so ergebende hochgerechnete Stichprobe entspricht der Gesamtzahl aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06.2002.³
2. Schätzung von fehlenden Angaben (KA) durch Extrapolation auf der Basis von Referenzklassen aus der Ist-Matrix der antwortenden Betriebe (Branche x Betriebsgrößenklasse).

Fragen mit einem höheren Anteil fehlender Angaben (bezogen auf alle 5.767 Interviews bzw. auf die 4.564 Interviews bei Betrieben mit Umsatz) sind in Tabelle 1 aufgeführt.

³ Neuere Strukturdaten lagen zum Zeitpunkt der Gewichtung noch nicht vor.

Tabelle 1:
Fehlende Angaben bei ausgewählten Fragen des IAB-Betriebspanels Ost-
deutschland 2003

Frage	Fehlende Angaben	
	Anzahl der Fälle	Prozent
Beschäftigtenerwartung 2008	1.899	33
Vorleistungen 2002	745	16
Umsatz 2003	738	16
Investitionsentwicklung 2003	711	12
Geschäftsvolumen 2002	689	12
Struktur des Umsatzes 2002	510	11
Lohn/Gehalt 2003	610	11
Beschäftigte 2004	509	9

Bei Vergleichen der im IAB-Betriebspanel ermittelten Beschäftigtenzahlen mit anderen Datenquellen – z. B. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder oder Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit – sind folgende Punkte zu beachten:

1. Als Beschäftigte werden im IAB-Betriebspanel alle Personen angesehen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und zwar
 - a) unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit,
 - b) unabhängig davon, ob sie eine sozialversicherungspflichtige oder eine nicht sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausüben und
 - c) unabhängig von ihrer Stellung im Beruf.

Im IAB-Betriebspanel werden als Beschäftigte also auch Beamte, tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte erfasst.

Da die Beschäftigtenzahlen der Beschäftigtenstatistik der BA keine Beamten, tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen enthalten und geringfügig Beschäftigte nur insoweit, wie diese zusätzlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben oder durch Zusammenrechnung mehrerer geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig werden, sind die im IAB-Betriebspanel ermittelten Beschäftigtenzahlen insgesamt höher als die in der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen.

2. Im IAB-Betriebspanel werden nur Betriebe befragt, in denen mindestens ein sozialversicherungspflichtig Beschäftigter tätig ist. Private Haushalte werden sogar erst ab einer Zahl von mindestens fünf Beschäftigten erfasst. Betriebe ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie z. B. Ein-Personen-Betriebe (u. a. Freiberufler, Gewerbetreibende) oder Dienststellen im öffentlichen Sektor, in denen ausschließlich Beamte beschäftigt sind, werden nicht befragt, da sie in der Stichprobe nicht enthalten sind.

Da die Beschäftigtenzahlen in der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder auch Ein-Personen-Betriebe enthalten, sind die im IAB-Betriebspanel ermittelten Beschäftigtenzahlen insgesamt geringer als die in der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen.

3. Im IAB-Betriebspanel werden Beschäftigungsfälle gezählt, wodurch vereinzelt Doppelzählungen auftreten können, wenn ein Beschäftigter Arbeitsverhältnisse mit zwei oder mehreren Betrieben hat (Mehrfachbeschäftigung, z. B. geringfügige).
4. Bei Vergleichen mit anderen Datenquellen ist auch zu beachten, dass sich die Beschäftigtenzahlen des IAB-Betriebspanels in der Regel auf den Stichtag 30.6. beziehen.
5. Es sei auch darauf hingewiesen, dass im IAB-Betriebspanel alle ostdeutschen Gesamtdaten das Gebiet von Berlin-Ost mit einschließen.

Aufgrund der unterschiedlichen Erfassungskriterien sind die im IAB-Betriebspanel ausgewiesenen Beschäftigtenzahlen, insbesondere bei zusätzlichen Differenzierungen wie z. B. nach Branchen oder Betriebsgrößenklassen, nur eingeschränkt mit den Beschäftigtenzahlen anderer Datenquellen vergleichbar.

Die Befragung fand in den Monaten Juli bis Oktober 2003 statt. Für alle Zahlenangaben in dieser Studie gilt: Durch Rundungen können sich bei der Summierung der Einzelangaben geringfügige Abweichungen zur Endsumme ergeben. Der Wert 0 bedeutet weniger als 0,5, jedoch mehr als nichts. Mit einem „.“ werden in den Tabellen Angaben gekennzeichnet, bei denen die Beobachtungszahl zu klein ist, mit einem „-“ nicht vorhandene Werte.

2 Geschäftsvolumen und Produktivität

Exkurs zu Geschäftsvolumen und Produktivität

Das Geschäftsvolumen ist eine aussagefähige Kennziffer zur Messung des Leistungsumfangs eines Betriebes. Betriebe der gewerblichen Wirtschaft definieren ihr Geschäftsvolumen als Umsatz. Banken und Kreditinstitute weisen ihr Geschäftsvolumen als Bilanzsumme aus, bei Versicherungsunternehmen bildet die Beitragssumme das Geschäftsvolumen. In Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter entspricht das Geschäftsvolumen ihrem Haushaltsvolumen. Der Umsatz bildet die bestimmende Kennziffer in der wirtschaftlichen Tätigkeit der meisten Betriebe.

Die Produktivität (hier konkret die betriebliche Arbeitsproduktivität) sagt etwas über die Leistungsfähigkeit eines Betriebes aus. Sie wird allgemein definiert als der Quotient zwischen Ergebnis (wirtschaftliche Leistung) und Aufwand (Zahl der Beschäftigten) im Produktionsprozess. Bei der Messung einer derartigen betrieblichen Arbeitsproduktivität gibt es zumindest zwei gebräuchliche Methoden. Während in den Aufwand bei beiden Methoden jeweils die Beschäftigten einfließen, wird als Ergebnis einmal die (Brutto-) Produktion betrachtet (Umsatz je Beschäftigten bzw. Umsatzproduktivität) und zum anderen nur die Bruttowertschöpfung, die sich nach Abzug der von Dritten bezogenen Vorleistungen ergibt (Bruttowertschöpfung je Beschäftigten).

Beide Kennziffern resultieren somit aus unterschiedlichen Messkonzepten, haben ihre eigenständige Aussagekraft und sind durchaus üblich und gebräuchlich. Unterschiede im Ergebnis zwischen beiden Messkonzepten können sich vor allem aus einer in den letzten Jahren steigenden Vorleistungsquote bzw. sinkender Wertschöpfungsquote ergeben. Verantwortlich dafür ist ein zunehmendes Outsourcing von bisher selbst produzierten Waren und Dienstleistungen sowie die wachsende Globalisierung und internationale Arbeitsteilung.

Rückstand in allen Geschäftsfeldern

In Ost- und in Westdeutschland stimmt die Verteilung der Betriebe nach den unterschiedlich definierten Geschäftsvolumen weitgehend überein. 90 Prozent der ostdeutschen Betriebe richten ihre Geschäftstätigkeit auf

den Umsatz, 0,5 Prozent auf die Bilanzsumme und 1 Prozent auf die Beitragssumme. Aus dem Haushaltsvolumen werden 8 Prozent der Betriebe finanziert (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2:
Betriebe und Geschäftsvolumen in Ost- und Westdeutschland 2002

Art des Geschäftsvolumens	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	Betriebe	Geschäftsvolumen		Betriebe	Geschäftsvolumen	
	Anteil	Umfang	Anteil an Deutschland insgesamt	Anteil	Umfang	Anteil an Deutschland insgesamt
	Prozent	Mrd. €	Prozent	Prozent	Mrd. €	Prozent
Umsatz	90	437	10	89	3.900	90
Bilanzsumme	1	399	6	1	5.946	94
Beitragssumme	1	15	2	1	577	98
Haushaltsvolumen	8	154	12	9	1.091	88
Insgesamt	100	1.005	8	100	11.514	92

Alle Volumenkenzziffern weisen einen Rückstand der ostdeutschen Wirtschaft aus. Beim Anteil des jeweiligen Geschäftsvolumens wird in keinem Fall nicht einmal näherungsweise der hier als Referenzwert geltende Bevölkerungsanteil von 18 Prozent erreicht.

Der von den ostdeutschen Betrieben erarbeitete und abgesetzte Umsatz (ohne Umsatzsteuer) erreicht lediglich 10 Prozent des gesamtdeutschen Umsatzes. Damit wird der nach wie vor gravierende Abstand zu den westdeutschen Betrieben dokumentiert. Sowohl im Umsatz absolut als auch in der Umsatzproduktivität und im Anteil am gesamtdeutschen Markt werden erhebliche Rückstände offenbar. Die Wertschöpfungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, insbesondere in der Industrie, entspricht vom Niveau, von der Struktur und von der Qualität her bei weitem noch nicht dem Anspruch eines Aufholprozesses. Dieser bis 1996 zügig verlaufene Prozess konnte auch zwischen 2001 und 2002 nicht wieder aufgenommen werden. Während 1999 die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in West- und Ostdeutschland in etwa gleich war, lag sie in den Jahren 2001 und 2002 in Ostdeutschland sogar niedriger. Laut Vorausschau der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten 2003 werden diese Wachstumsraten in Ostdeutschland auch in den Jahren 2003

und 2004 nicht höher als in Westdeutschland sein.⁴ Damit ist der Aufholprozess Ostdeutschlands weiterhin gefährdet. Einigkeit besteht in der Auffassung darüber, dass der Aufholprozess mit größeren Marktanteilen, höheren betrieblichen Umsätzen und Umsatzproduktivitäten einhergehen und davon getragen werden muss. Volumen, Struktur und Produktivität bilden eine unauflösbare Einheit im Prozess des Schließens der wirtschaftlichen Lücke.

Bilanzsumme (6 Prozent) und Beitragssumme (2 Prozent), die deutlich von den in Westdeutschland liegenden Zentralen der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen dominiert werden, liegen noch weit zurück. Die ostdeutschen Haushaltsvolumen (12 Prozent) sind Beleg für das Bemühen um gleichwertige Bedingungen im öffentlichen Dienst, wobei ein Teil der Differenz auf das bestehende Lohngefälle entfällt.

Stagnation beim ostdeutschen Aufholprozess (Produktivität)

Nach wie vor ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zwischen den alten und neuen Ländern durch ein beachtliches Produktivitätsgefälle charakterisiert. Nach den Angaben der in das IAB-Betriebspanel einbezogenen Betriebe und statistisch gesicherten Hochrechnungen ist in Bezug auf die Produktivitätslücke von vier Feststellungen auszugehen:

1. Der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber Westdeutschland ist nach wie vor beträchtlich. Er hat sich in den letzten Jahren nicht gravierend verändert:

Nach Angaben des IAB-Betriebspanels erreichten die ostdeutschen Betriebe im Jahr 2002 auf Basis Umsatzproduktivität 62 Prozent der westdeutschen Werte.⁵ Bei einem Vergleich auf Basis von Vollzeitäquivalenten würden sich die Relationen der Umsatzproduktivität zwischen den neuen und den alten Bundesländern noch verschlechtern (um ca. 4 Prozentpunkte), da in den neuen Bundesländern im Durchschnitt länger gearbeitet wird (bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente wurden die

⁴ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003, a. a. O., S. 382, 414-416.

⁵ Auch auf Basis Wertschöpfung ergeben sich Produktivitätsrückstände ostdeutscher Betriebe (68 Prozent).

längere Wochenarbeitszeit, die geringere Teilzeitarbeit sowie die Auszubildenden berücksichtigt).

Laut Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2003 liegt die ostdeutsche Produktivität seit Jahren unverändert bei 63 Prozent der westdeutschen.

Im Frühjahrsgutachten 2003 geben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für die Flächenländer Ostdeutschlands ein Niveau des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner von 62,7 Prozent für 2002 im Vergleich zu Westdeutschland aus. Dies liegt in ähnlicher Größenordnung wie in den vergangenen Jahren.⁶

Das Institut der deutschen Wirtschaft geht für 2002 von einer Angleichungsquote bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf von gut 62 Prozent aus⁷.

2. In den ersten Jahren nach der Wende war der Aufholprozess bei der Produktivität rasch vorangekommen. Ausgehend von einem Produktivitätsniveau, das nur 30 Prozent des westdeutschen betrug, hat sich der Rückstand bis heute etwa halbiert. Er hat sich allerdings seit 1997 nicht weiter vermindert.⁸
3. Auf Dauer widerspricht ein solcher Produktivitätsrückstand den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen gleichartiger Lebensverhältnisse und der Chancengleichheit der ostdeutschen Bevölkerung. Für Angleichungen des Arbeitsmarktes, des Einkommensniveaus wie auch des regionalen Entwicklungsstandes ist ein ähnlich hohes Produktivitätsniveau in Ost und West notwendig.
4. Der ostdeutsche Aufholprozess bedarf sowohl struktureller Korrekturen, auf die im Abschnitt 3 dieser Studie eingegangen wird, als auch einer intensiven Konzentration auf die internen Entwicklungsbedingungen der Betriebe. Es geht um die Entwicklung aller Produktionsfaktoren der Be-

⁶ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Nr. 5/2003, S. 154, Tabelle 3.9.

⁷ Direkt, Presseinformation aus dem Institut der deutschen Wirtschaft, Jg. 30, Nr. 5, Jan 2004.

⁸ Direkt, a. a. O.

triebe, angefangen bei der Kapitalausstattung je Beschäftigten, über das Humankapital bis zur Erschließung neuer Märkte.

Die Angaben aus dem IAB-Betriebspanel liefern eine Reihe von Erkenntnissen zu Ursachen der Produktivitätslücke, die zu ersten Ableitungen für künftige wirtschaftspolitische Erfordernisse genutzt werden können.

Der Umsatz je Beschäftigten⁹ - Umsatzproduktivität - ist in Abhängigkeit von der jeweiligen Branche sehr differenziert. Ein Branchenvergleich macht die unterschiedlichen Pro-Kopf-Umsätze zwischen den Branchen und die Defizite ostdeutscher gegenüber westdeutschen Betrieben deutlich (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:
Pro-Kopf-Umsatz in Ost- und Westdeutschland 2002 nach Branchen und Betriebsgrößenklassen (alle Betriebe mit Umsatz)

Branche/Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Pro-Kopf-Umsatz		
	Ostdeutschland	Westdeutschland	Angleichungsquote (Westdeutschl. = 100)
	Tsd. €		Prozent
Land- und Forstwirtschaft	77	72	106
Bergbau/Energie/Wasser	237	354	67
Verarbeitendes Gewerbe	133	192	69
Baugewerbe	74	94	79
Handel und Reparatur	194	283	68
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	90	145	62
Dienstleistungen	63	107	59
1 bis 4 Beschäftigte	73	107	68
5 bis 19 Beschäftigte	97	127	77
20 bis 99 Beschäftigte	109	172	63
ab 100 Beschäftigte	141	224	63
Insgesamt	109	175	62

In allen Branchen (mit Ausnahme der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) und über alle Betriebsgrößen hinweg sind beachtliche Rückstände in der Produktivität charakteristisch. Dieser Tatbestand stellt Vermutungen infrage, der Aufholprozess bedürfe nur struktureller Korrekturen. Im Gegenteil, die Aufmerksamkeit muss vor allem den inneren Entwicklungsbe-

⁹ Die unterschiedliche Arbeitszeit der Beschäftigten und die Teilzeitarbeit sind nicht berücksichtigt, Auszubildende sind in der Beschäftigtenzahl enthalten.

dingungen der Betriebe gelten, wenn der Aufholprozess gelingen soll. Die wichtigsten Differenzen sind Niveau- und weniger Strukturprobleme.

Der Umsatz je Beschäftigten erreichte 2002 in den Betrieben mit weniger als 5 Beschäftigten nur die Hälfte der Werte mittlerer und größerer Betriebe mit 100 Beschäftigten und mehr (vgl. Tabelle 3). Kleinbetriebe haben weder beim Einkauf noch beim Verkauf eine genügende Marktmacht.¹⁰ Versuchen sie aber, mit Preisdumping neue Märkte oder Marktanteile zu erobern, hat das negative Folgen für ihre reproduktiven Möglichkeiten. Die Option Niedrigpreisstrategie wählen trotzdem viele ostdeutsche Betriebe, um Zutritt zu Märkten zu erhalten. Vielfach wurde - trotz häufig gleichwertiger Qualität im Vergleich zu Produkten westdeutscher Anbieter - bei höheren Kosten mit geringeren Preisen konkurriert. Dadurch werden potenzielle Möglichkeiten im Ertrag, im Umsatz, bei der Wertschöpfung und damit auch bei der Produktivität ostdeutscher Betriebe geschmälert. Die Option Niedrigpreis ohne kostenseitige Voraussetzungen ist ungeeignet, zur nachhaltigen Schließung der Produktivitätslücke beizutragen. Sie widerspiegelt die grundsätzliche Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft, ein nachfragegerechtes Angebot ohne Preiszugeständnisse durchsetzen zu können.

Im IAB-Betriebspanel 2003 wird neben dem Umsatz auch die Wertschöpfung (Umsatz abzüglich Vorleistungen) ausgewiesen und letztlich die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten errechnet. Im Ergebnis ergibt sich im Vergleich mit den westdeutschen Betrieben insgesamt eine leicht höhere Angleichungsquote (vgl. Tabelle 4).

¹⁰ Siehe u. a. Rudolf Hickel: Widersprüchlicher Prozess der ostdeutschen Transformation, in: Ostdeutschland – eine abgehangene Region? Junius-Verlag Dresden, 2001, S.63 f.

Tabelle 4:
Bruttowertschöpfung je Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland 2002 nach Branchen (alle Betriebe mit Umsatz)

Branche	Bruttowertschöpfung je Beschäftigten		
	Ostdeutschland	Westdeutschland	Angleichungsquote (Westdeutschl. = 100)
	Tsd. €		Prozent
Land- und Forstwirtschaft	33	38	88
Bergbau/Energie/Wasser	94	130	73
Verarbeitendes Gewerbe	58	76	76
Baugewerbe	36	47	76
Handel und Reparatur	62	80	77
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	43	68	63
Dienstleistungen	37	61	61
Insgesamt	47	70	68

Anhaltend schwach ausgeprägte Umsatzerwartungen

Die von den Betrieben erwartete Entwicklung des Umsatzes und des Pro-Kopf-Umsatzes für 2003 ist nur bedingt interpretierbar, weil sie auf Einschätzungen beruht, die während der Befragung im Sommer 2003 erfolgten und daher ein bestimmtes Maß an Unsicherheit beinhalten.

Für das Jahr 2003 rechnen die befragten Betriebe in Ostdeutschland mit einem insgesamt leicht sinkenden Umsatz. Die Umsatzerwartungen folgen dem gleichen Differenzierungsmuster wie in den Vorjahren. Deutlich schlechter als der Durchschnitt sind die Erwartungen der Baubetriebe, die mit beachtlichen Rückgängen im Umsatz rechnen. Hinzu kommen rückläufige Umsatzerwartungen in der Land- und Forstwirtschaft. Das Verarbeitende Gewerbe kann sein Umsatzniveau halten, jedoch nicht ausbauen (vgl. Tabelle 5). Insgesamt ist dies eine wesentlich bessere Entwicklung im Vergleich zu den Erwartungen der Betriebe im vergangenen IAB-Betriebspanel, in dem die Betriebe von einem 4-prozentigen Rückgang ausgingen.¹¹

Die Umsatzproduktivität 2003 bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres, was den Angleichungsprozess nicht befördert.

¹¹ Vgl. IAB-Betriebspanel Ost, Ergebnisse der siebten Welle 2002, http://doku.iab.de/betriebspanel/2003/panel_ost_2002.pdf S. 106.

Tabelle 5:

Entwicklung des Umsatzes und des Pro-Kopf-Umsatzes der Betriebe in Ostdeutschland 2002 bis 2003 nach Branchen (2002 = 100, alle Betriebe mit Umsatz)

Branche	Umsatz	Pro-Kopf-Umsatz
	Prozent	
Land- und Forstwirtschaft	92	94
Bergbau/Energie/Wasser	101	104
Verarbeitendes Gewerbe	100	101
Baugewerbe	97	102
Handel und Reparatur	99	100
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	99	101
Dienstleistungen	98	98
Ostdeutschland insgesamt	99	100
Westdeutschland	99	101

3 Strukturelle Defizite der ostdeutschen Wirtschaft

In struktureller Hinsicht fallen beim Vergleich von Geschäftsvolumen und Produktivität zwischen Ost- und Westdeutschland vor allem zwei Aspekte ins Gewicht: einmal die Branchen- und Zweigstrukturen und zweitens die Größenstruktur der Betriebe. Beide Strukturen weisen bemerkenswerte Unterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Wirtschaft auf. Darüber hinaus ergeben sich auch beim Vergleich der Strukturen nach dem Eigentum signifikante Unterschiede.

Branchenstrukturen beeinträchtigen Umsatzniveau

Zunächst eine Betrachtung der Branchenstruktur (vgl. Tabelle 6). Entscheidend für die strukturellen Unterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Wirtschaft sind die Größenordnungen des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes. Im Zuge der Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft und der Anpassung an internationale Wettbewerbsbedingungen waren viele Betriebe des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes nicht mehr wettbewerbsfähig und verloren ihre wirtschaftliche Existenz. Andere schrumpften auf marktgerechte Größen. Neugründungen vermochten bisher nur unvollständig, die entstandenen Lücken auszufüllen. Das Verarbeitende Gewerbe stellt nur 26 Prozent des ostdeutschen Umsatzes, in Westdeutschland sind es hingegen 35 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands ist tendenziell auf gutem Wege. Seit 1996 bis in die Gegenwart ist seine Bedeutung für die ostdeutsche Wirtschaft gestie-

gen. Allerdings klafft nach wie vor eine Produktivitätslücke zwischen ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Auch die Volumenkenziffern weichen stark voneinander ab.

Das Baugewerbe nimmt den entgegengesetzten Verlauf. Es wurde durch öffentliche Investitionsförderung und Herstellung gleicher Bedingungen in der Infrastruktur zeitweise stark nachgefragt und forciert. Das hatte die Entwicklung einer überdimensionierten Bauwirtschaft in Ostdeutschland zur Folge, die sich gegenwärtig immer noch einer nachlassenden Nachfrage anpassen muss. Das Baugewerbe erreicht einen Anteil von 9 Prozent am Umsatz der ostdeutschen Wirtschaft, in Westdeutschland sind es vergleichsweise nur 4 Prozent. Ein weiterer Rückgang des Bauanteils in Ostdeutschland ist auch noch in den kommenden Jahren unvermeidlich. Die rückläufige Investitionsentwicklung der Wirtschaft, verstärkt durch die Verschiebung der Relationen bei den Investitionen zugunsten der Ausrüstungen und das abnehmende Gewicht öffentlicher Investitionen wirken in diese Richtung.

Eine notwendige Korrektur der Branchenstruktur lässt sich aus dem Produktivitäts- bzw. Wertschöpfungsniveau ableiten. In Ostdeutschland sind genau die Branchen mit einer hohen Wertschöpfung und mit einer hohen Produktivität je Beschäftigten relativ schwach vertreten und umgekehrt. So fällt auf, dass die Branchen mit einer unterdurchschnittlichen Umsatzproduktivität (Land- und Forstwirtschaft, Baugewerbe) in Ostdeutschland mit 12 Prozent ein anteilig größeres Gewicht am Umsatz haben als in den alten Bundesländern (5 Prozent). Dagegen ist das Verarbeitende Gewerbe mit seinen vielen innovativen und damit zukunftssträchtigen Branchen in Ostdeutschland deutlich geringer vertreten. Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau/Energie/Wasser und Handel verfügen in der Regel über überdurchschnittlich hohe Umsatzproduktivitäten. Zusammen nehmen sie in Ostdeutschland einen Umsatzanteil von 62 Prozent, in Westdeutschland jedoch von 71 Prozent ein. Tatsächlich könnte unter der Voraussetzung westdeutscher Strukturen die ostdeutsche Umsatzproduktivität gesteigert werden. Die schlechtere Struktur ist also ein wesentlicher, aber keineswegs der entscheidende Faktor, durch dessen Beseitigung die Produktivitätslücke verringert werden könnte.

Tabelle 6:
Anteil des Umsatzes und der Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland 2002
nach Branchen (alle Betriebe mit Umsatz)

Branche	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftigten	Umsatz je Beschäftigten	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftigten	Umsatz je Beschäftigten
	Prozent		Tsd. €	Prozent		Tsd. €
Land- und Forstwirtschaft	3	4	77	1	2	72
Bergbau/Energie/Wasser	4	2	237	3	1	354
Verarbeitendes Gewerbe	26	21	133	35	32	192
Baugewerbe	9	13	74	4	8	94
Handel und Reparatur	32	18	194	33	20	283
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7	8	90	6	7	145
Dienstleistungen	19	34	63	18	30	107
darunter:						
Unternehmensnahe Dienstleistungen	10	15	76	12	14	151
Insgesamt	100	100	109	100	100	175

Als ein nicht zu vernachlässigender Struktureffekt in diesem Zusammenhang ist auch der zu geringe Anteil von Stammhäusern in Ostdeutschland zu werten. Etwa die Hälfte der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands war Mitte 2003 in Betrieben tätig, die sich in westdeutschem und ausländischem Eigentum befinden. Darunter fallen auch viele Zweigbetriebe, deren Stammhaus sich in den alten Bundesländern oder im Ausland befindet. Die Zweigbetriebe, häufig verlängerte Werkbänke ohne zentrale wertschöpfende Betriebsfunktionen (Leitung, Vertrieb, Marketing, Forschung und Entwicklung), haben dadurch eine geringere durchschnittliche Wertschöpfung als ihr Stammhaus. Auch wird die Bruttowertschöpfung der Zweigbetriebe in der Regel „nicht über den Ansatz von Marktpreisen der produzierten Güter, sondern über - in Grenzen willkürlich setzbare - betriebsinterne Verrechnungspreise ermittelt“.¹² Trotz dieser einschränkenden Bedingungen bei der Ausschöpfung ihres Produktivitätspotentials übertreffen die Betriebe mit westdeutschen und ausländischen Eigentümern die Produktivität der ostdeutschen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes um das Zwei- bis Dreifache.

¹² Klaus-Peter Möller, Matthias Günther, Joey Schaffner: Besteht eine Produktivitätslücke in den neuen Bundesländern? in: Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2010, Eduard Pestel Institut für Systemforschung, Hannover 1999, S. 8.

Strukturschwächen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes: FuE-intensive und exportintensive Zweige

Die strukturellen Schwächen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes bündeln sich in Defiziten bei Innovationen und im Export. Die FuE-intensiven und als innovativ¹³ bezeichneten Zweige sowie die exportintensiven¹⁴ Zweige des Verarbeitenden Gewerbes haben im Vergleich zu Westdeutschland jeweils einen deutlich geringeren Anteil am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes.

Während 2002 in Westdeutschland 59 Prozent des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe auf **FuE-intensive Zweige** entfielen, waren es in Ostdeutschland nur 42 Prozent. Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch in der Verteilung der Beschäftigten. 47 Prozent konzentrieren sich in Westdeutschland auf die FuE-intensiven Zweige, dagegen in Ostdeutschland nur 36 Prozent (vgl. Abbildung 1). „Die strukturellen Defizite im ostdeutschen Innovationssystem konnten – vor allem bedingt durch die nicht kurzfristig überwindbaren Unternehmensgrößen und Branchenstrukturen – bisher nicht spürbar reduziert werden.“¹⁵ Auch andere Quellen verweisen auf den deutlichen Rückstand in der Forschungsintensität des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes. Im Datenreport 2001 weist der Stifterverband Defizite bei wichtigen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe aus. So betrugen im Jahre 1999 der Anteil FuE-Personal an den Beschäftigten in Ostdeutschland 2,97 Prozent, in Westdeutschland 4,37 Prozent, der Anteil der internen

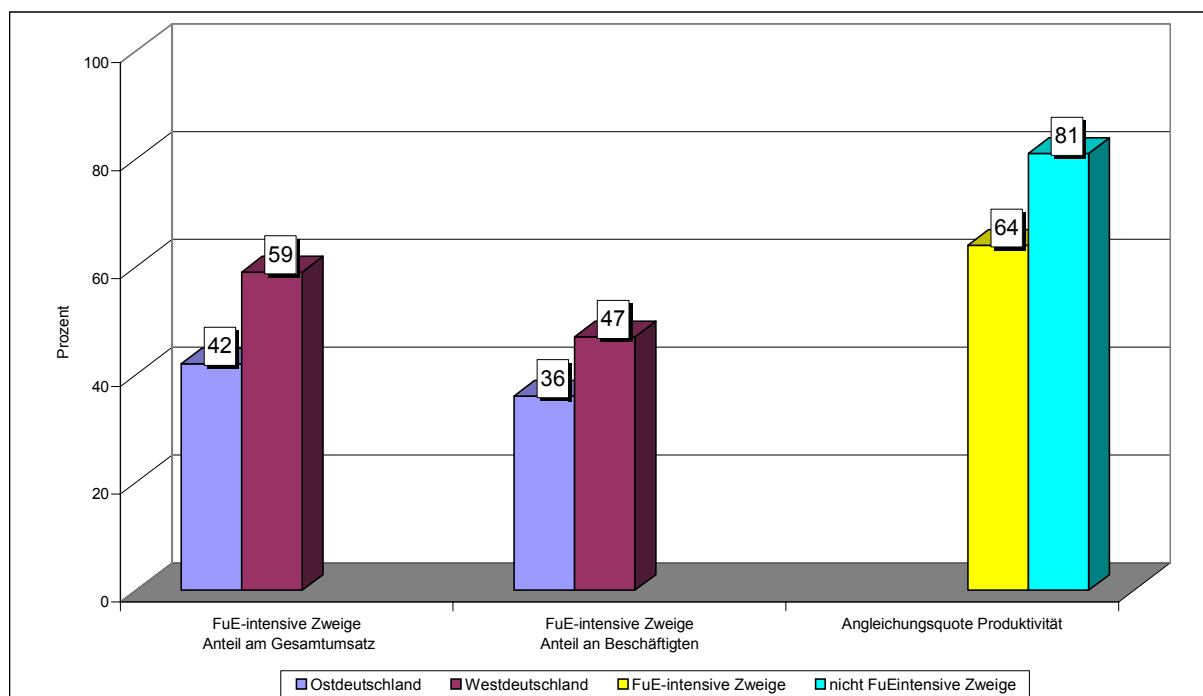
¹³ Die Klassifikation FuE-intensiver Güter und Zweigen geht zurück auf H. Grupp, B. Gehrke: Innovationspotential und Hochtechnologie, Schriftenreihe des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) Karlsruhe, Heidelberg 1994, S 43-44. Danach konzentriert sich in Deutschland die Produktion von Spitzentechnologie und hochwertiger Technik (Güter mit einem FuE-Anteil am Umsatz von mehr als 3,5 Prozent) auf folgende Zweige des Verarbeitenden Gewerbes: Chemische Industrie, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Schiff- und Luftfahrzeugbau, Elektronik, Feinmechanik. Alle anderen Zweige (Kunststoff, Steine/Erden/Glas, Eisen-/ Stahl-erzeugung/NE-Metallerzeugung, Stahl- und Leichtmetallbau, Holz, Papier, Bekleidung/Textil, Nahrungs- und Genussmittel) stellen danach vorrangig Güter mit einem FuE-Anteil am Umsatz von weniger als 3,5 Prozent her und zählen daher im Allgemeinen nicht zu den forschungsintensiven Zweigen.

¹⁴ Als exportintensiv werden die Zweige angesehen, die einen Exportanteil am Umsatz von 30 Prozent und mehr aufweisen.

¹⁵ H. Berteit, Sozioökonomische Rahmenbedingungen der ESF-Interventionen in Ostdeutschland, SÖSTRA Forschungs GmbH, 2003 (unveröffentlicht), S.15.

FuE-Aufwendungen am Umsatz 1,53 Prozent in Ostdeutschland und in Westdeutschland 2,62 Prozent sowie die internen FuE-Aufwendungen je ostdeutschen Erwerbstätigen 272 €, je westdeutschen Erwerbstätigen jedoch 1.061 €. ¹⁶ Dabei ist darauf hinzuweisen, dass „die Differenzen im Niveau von FuE ... zu einem großen Teil auf die unterschiedliche sektorale Struktur im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen“ sind. „Schätzungen zufolge können drei Viertel der Unterschiede auf die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden. ... Hinzu kommt, dass Großunternehmen, die in der Regel mehr forschen als kleine Unternehmen, in den neuen Ländern schwach vertreten sind.“ ¹⁷

Abbildung 1:
Umsatz, Beschäftigte und Angleichungsquote der Produktivität in den FuE-intensiven Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Ost- und Westdeutschland 2002



In Ostdeutschland liegen die FuE-intensiven Zweige jedoch nicht nur im Gewicht, sondern auch in der Produktivität zurück. Die Ergebnisse dieser Arbeitgeberbefragung bestätigen andere vorliegende Untersuchungen.

¹⁶ Stifterverband: FuE Datenreport 2001, S.34 f., eigene Berechnungen, übernommen aus Berteit, a. a. O.

¹⁷ DIW, IAB, IfW, IWH, ZEW Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, IWH 3/2002, Sonderheft, S. 175 f.

„Offenbar ist es weniger die geringe Bedeutung FuE-intensiver Branchen in den neuen Ländern, die ein Problem für die Schließung der Ost-West-Produktivitätslücke darstellt, als die geringe Produktivitätsanpassung an westdeutsches Niveau innerhalb der Technologieklassen“, stellen Müller und Wölfl fest.¹⁸ Die Angleichungsquote (Westdeutschland = 100 gesetzt) liegt in Ostdeutschland bei den FuE-intensiven Zweigen nur bei 64 Prozent, dagegen bei den nicht FuE-intensiven Zweigen bei 81 Prozent (vgl. Abbildung 1).

Der Rückstand im Anteil und in der Produktivität besonders der FuE-intensiven Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ist eine beachtliche Hypothek der ostdeutschen Wirtschaft, die langfristig Einfluss auf die Produktivitätslücke und auch auf die Zukunftsfähigkeit der Branchenstruktur nimmt. Die für den Aufhol- und Angleichungsprozess besonders wichtigen Bereiche der ostdeutschen Industrie sind im Umfang und im Leistungsniveau immer noch unzulänglich ausgeprägt.

Diese Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft ist besonders schwerwiegend, weil eine nachholende Entwicklung nicht nur auf den Verdrängungswettbewerb setzen kann, sondern sich vielmehr auf die nachhaltige Erschließung neuer Märkte mit neuen innovativen Produkten und Leistungen und mit hoher Forschungsintensität richten muss.

Seit zwei Jahren gibt die Verteilung der Investitionen Anlass, auf eine sich positiv verändernde Situation im Verarbeitenden Gewerbe hinzuweisen. FuE-intensive Zweige binden immerhin 56 Prozent der gesamten Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands, fast so viel wie in Westdeutschland (60 Prozent). Die Investitionen pro Kopf liegen in den FuE-intensiven Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in den nicht FuE-intensiven Zweigen.

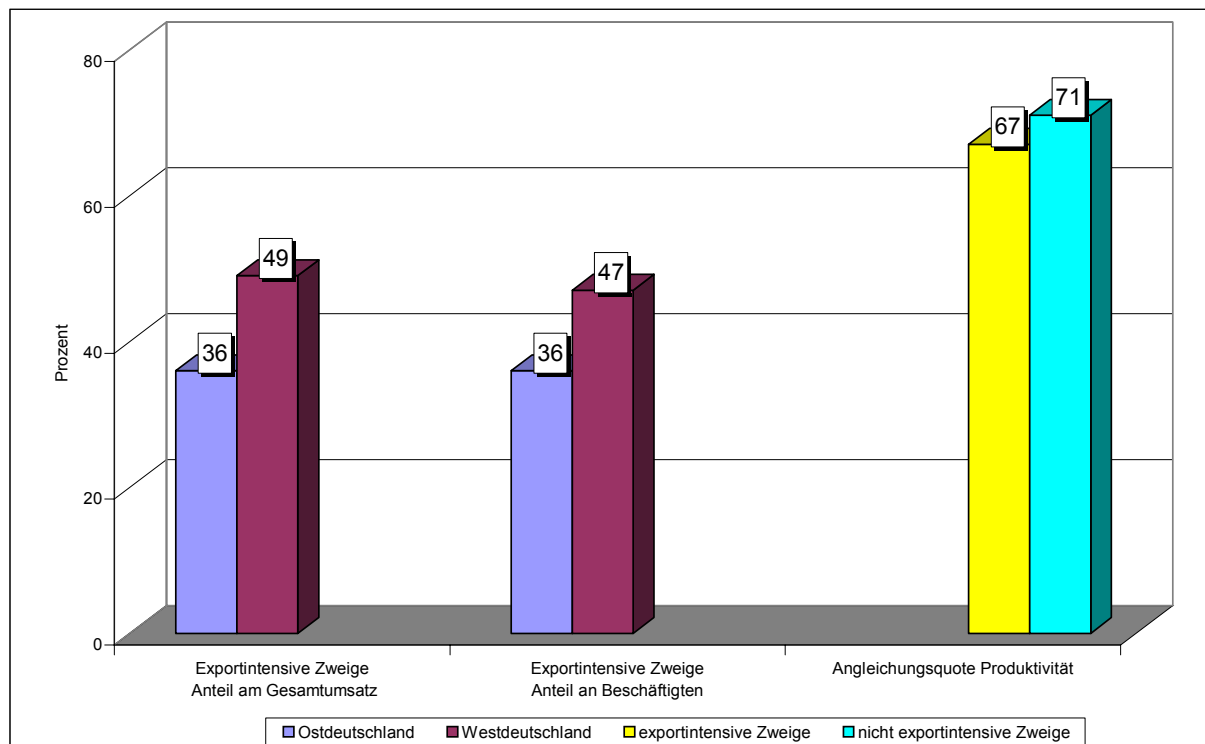
Die **exportintensiven Zweige** haben trotz positiver Entwicklung in den letzten Jahren in Ostdeutschland einen eindeutig geringeren Anteil am Gesamtumsatz und an den Beschäftigten als in Westdeutschland und darüber

¹⁸ Ralf Müller, Anita Wölfl: Ist die ostdeutsche Industriestruktur nachteilig für die Produktivitätsentwicklung?, in: *Wirtschaft im Wandel* Nr. 3/2000, S. 73.

hinaus eine etwas geringere Angleichungsquote gegenüber den nicht exportintensiven Zweigen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2:

Umsatz, Beschäftigte und Angleichungsquote der Produktivität in den exportintensiven Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Ost- und Westdeutschland 2002



2002 entfielen in Westdeutschland 49 Prozent des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe auf exportintensive Zweige. In den neuen Bundesländern waren es nur 36 Prozent. 47 Prozent der Beschäftigten konzentrieren sich in Westdeutschland auf exportintensive Zweige, dagegen in Ostdeutschland nur 36 Prozent.

Auch die exportintensiven Zweige hinken nicht nur im Gewicht, sondern auch in der Produktivität im Vergleich mit Westdeutschland hinterher, allerdings ist der Abstand deutlich größer als bei den FuE-intensiven Zweigen. Eine dementsprechende Angleichungsquote liegt bei den exportintensiven Zweigen bei 67 Prozent, dagegen bei den nicht exportintensiven Zweigen bei 71 Prozent (bei den FuE-intensiven Zweigen liegt die Angleichungsquote bei 81 Prozent, vgl. Abbildung 1).

Der Anteil der Investitionen in den exportintensiven Zweigen im Verarbeitenden Gewerbe, der für die nachhaltige Erschließung vor allem internati-

ionaler Märkte eine besondere Bedeutung hat, liegt mit 45 Prozent unter dem vergleichbaren Anteil in Westdeutschland (56 Prozent). Allerdings sind die Investitionen pro Kopf in exportintensiven Zweigen deutlich höher als in den nicht exportintensiven Zweigen Ostdeutschlands.

Die an den beiden Indikatoren - FuE-Intensität und Exportintensität - nachgewiesenen Nachteile des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes haben auch negative Einflüsse auf Beschäftigung und konjunkturelle Entwicklung in Ostdeutschland. Die Branchen, die vor allem im Sog des Baugeschehens und regionaler Märkte produzieren, sind zuallererst von konjunkturellen Einflüssen abhängig. FuE-intensive und exportintensive Branchen sind in die internationale Arbeitsteilung verstärkt eingebunden und verfügen über einen höheren Anteil qualifizierter Arbeitsplätze. Mit dem erwarteten Anziehen der Konjunktur ist eine verstärkte Nachfrage für Güter dieser Zweige verbunden, die einen Wachstumsschub bewirken kann.

Ungünstige Betriebsgrößenstruktur

Auch die Größenstrukturen der Betriebe weisen bemerkenswerte Unterschiede auf. Der Anteil kleiner Betriebe dominiert in Ostdeutschland. Große Betriebe als regionale Konzentrationspunkte für die Einbindung von Zulieferungen sowie Forschung und Entwicklung fehlen weitgehend. Vor allem im Produzierenden Gewerbe ist die durchschnittliche Betriebsgröße in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland (15 gegenüber 24 Beschäftigten). Kleine Betriebe erzielen geringere Umsätze und können weitaus weniger Ressourcen bündeln, die eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung fördern. Sie sind häufig nicht darauf angelegt, in neue Dimensionen hineinzuwachsen und überregionale Märkte zu bedienen.

In neue Größenstrukturen zu gelangen, erfordert in der Regel längere Zeiträume und überproportionales Wachstum der Leistung der Betriebe. Größere Betriebe (ab 100 Beschäftigten) tragen in Ostdeutschland rund 35 Prozent zum gesamten Umsatz bei, in Westdeutschland sind es 50 Prozent. In Betrieben mit 1 bis 4 Beschäftigten ist die Relation dagegen 9 Prozent zu 6 Prozent.

Kleinere Betriebe haben in der Regel eine geringere Umsatzproduktivität und eine geringere Kapitalintensität als größere.¹⁹ Das trifft auf alle Branchen zu und erklärt einen Teil der Produktivitätslücke aller Branchen im Vergleich mit Westdeutschland. Das zeigen auch die Angaben der Betriebe im IAB-Betriebspanel. Tabelle 7 verdeutlicht, dass die ostdeutsche Wirtschaft sowohl einen geringeren Umsatzanteil als auch einen kleineren Anteil an Beschäftigten in größeren Betrieben hat.

Tabelle 7:

Anteil des Umsatzes und der Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland 2002 nach Betriebsgrößenklassen (alle Betriebe mit Umsatz)

Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftigten	Umsatz je Beschäftigten	Anteil am Umsatz	Anteil an Beschäftigten	Umsatz je Beschäftigten
	Prozent		Tsd. €	Prozent		Tsd. €
1 bis 4 Beschäftigte	9	14	73	6	9	107
5 bis 19 Beschäftigte	26	29	97	19	27	127
20 bis 99 Beschäftigte	30	30	109	25	25	172
ab 100 Beschäftigte	35	27	141	50	39	224
Insgesamt	100	100	109	100	100	175

Eigentumsverhältnisse prägen Produktivitätsniveau

Über deutlich bessere Ressourcenkombinationen und Marktpositionen verfügen die ostdeutschen Betriebe in westdeutschem und in ausländischem Eigentum. Sie sind im Durchschnitt größer und liegen beim Pro-Kopf-Umsatz deutlich über den Werten von Betrieben in ostdeutschem Eigentum, die nur ca. 50 Prozent dieser Umsatzwerte erreichen. Die Betriebe in ostdeutschem Eigentum, in der Regel kleinere Firmen, erzielen nur 81 Tsd. € je Beschäftigten (vgl. Tabelle 8). Auf diese Betriebe (82 Prozent der ostdeutschen Betriebe mit Umsatz) entfallen 44 Prozent des Umsatzes in Ostdeutschland. Die Betriebe in westdeutschem und ausländischem Eigentum haben dagegen einen Anteil von nur 12 Prozent, aber einen Umsatzanteil von 43 Prozent. Daraus kann geschlossen werden, dass es die Betriebe in ostdeutschem Eigentum sind, die große Defizite aufweisen. Es gilt andererseits herauszustellen, dass westdeutsche und ausländische Eigen-

¹⁹ Bemerkenswert ist, dass der Produktivitätsrückstand in den größeren Betrieben ab 100 Beschäftigten (63 Prozent des westdeutschen Niveaus) im Vergleich zu den kleinen Betrieben unter 20 Beschäftigte (73 Prozent) höher ist.

tümer über wesentliche Potenziale verfügen, die für die ostdeutsche Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind. Es sind vor allem diese Betriebe, die zur Einbindung der ostdeutschen Wirtschaft in die internationale Verflechtung beitragen. Nachteilig wirkt sich dabei allerdings aus, dass viele dieser Eigentümer wichtige Partner für Zulieferungen, Forschungs- und Entwicklungsleistungen und für den Absatz mitbringen und auf Entwicklungspotenziale aus Ostdeutschland verzichten. Darüber hinaus sind sie aufgrund ihrer Besitzverhältnisse in bestehende Liefer- und Absatznetze eingebunden.

Tabelle 8:

Umsatz der Betriebe in Ostdeutschland 2002 nach den Eigentumsverhältnissen des Betriebes (alle Betriebe mit Umsatz)

Eigentumsverhältnis	Anteil der Betriebe	Umsatz	
		Pro Kopf	Anteil
	Prozent	Tsd. €	Prozent
Ostdeutsches Eigentum	82	81	44
Westdeutsches Eigentum	11	153	35
Ausländisches Eigentum	1	187	8
Öffentliches Eigentum	1	100	4
Sonstiges bzw. nicht bekannt	5	148	9
Insgesamt	100	109	100

4 Export und Warenaustausch mit den alten Bundesländern

Für eine Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gilt die regionale Ausrichtung des Absatzes als wichtige Bezugsgröße. Wenn auch einschränkend festzuhalten ist, dass die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung und Internationalisierung der Märkte verstärkt heimische Märkte einbezieht und den Konkurrenzdruck erhöht, bleiben Vorteile bestehen, die ansässige Firmen nutzen können. In kleinräumigen Regionen bleibt die Orientierung auf einheimische Firmen dominierend.

Wenngleich Fortschritte beim Fernabsatz ostdeutscher Betriebe festzustellen sind, so zeigen die Regionalstrukturen des Umsatzes noch immer, dass die Absatzchancen der ostdeutschen Betriebe eng begrenzt sind. Das wirft erneut die Frage auf, ob absatzfördernde Maßnahmen eine höhere Aufmerksamkeit verdient haben. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen konzentrieren sich sehr stark auf die technische Modernisierung und weniger

auf die Erschließung von Märkten. Auch durch die staatliche Förderpolitik wurden für die Erschließung neuer Märkte in den vergangenen Jahren nur wenige Mittel bereitgestellt. Erst im Verlauf der Entwicklung gab es in den Förderprogrammen Akzentveränderungen zu Gunsten der Markterschließung und Absatzförderung, die jedoch an Wirksamkeit offensichtlich zu wünschen übrig lassen.

Ungenügende Exportkraft ostdeutscher Betriebe

Die Exportquote (Exportanteil am Umsatz) der Betriebe in Ostdeutschland betrug im Jahr 2002 8 Prozent (im Verarbeitenden Gewerbe 23 Prozent²⁰), die der westdeutschen 16 Prozent (im Verarbeitenden Gewerbe 32 Prozent). Die ostdeutsche Exportquote stieg seit 1995 von 4 auf 8 Prozent an, im Verarbeitenden Gewerbe von 13 auf 23 Prozent.

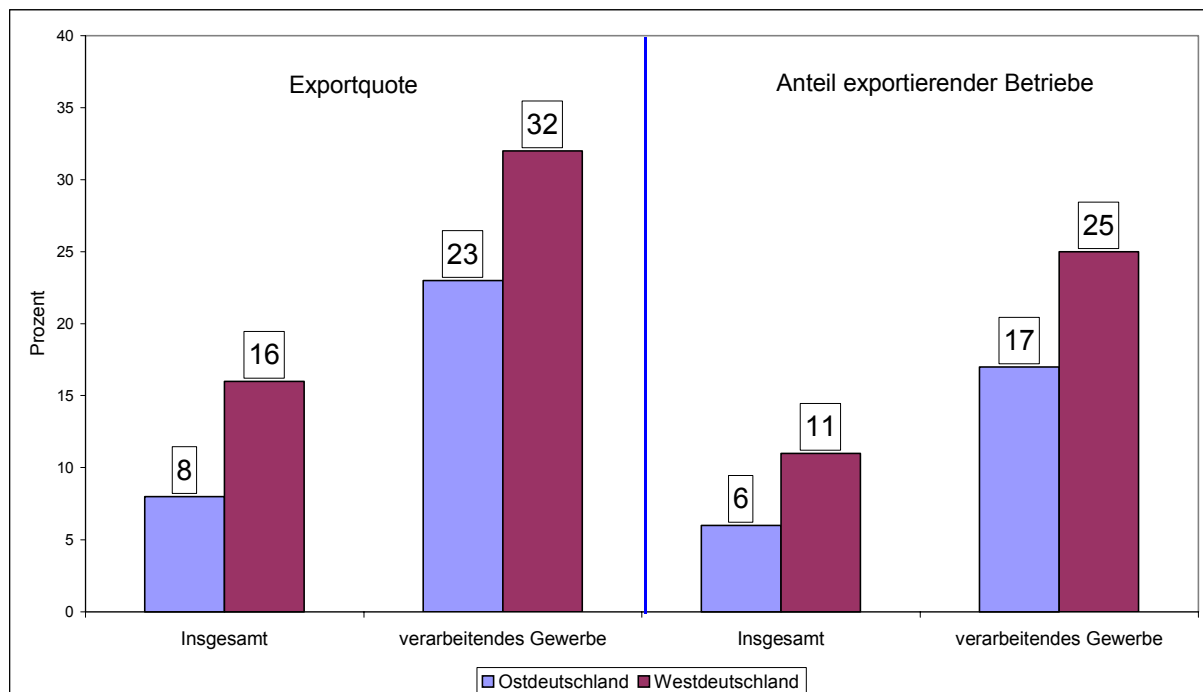
Der Anteil der exportierenden Betriebe liegt in Ostdeutschland insgesamt bei 6 Prozent (im Verarbeitenden Gewerbe 17 Prozent), in Westdeutschland sind es 11 Prozent (im Verarbeitenden Gewerbe 25 Prozent) (vgl. Abbildung 3).

Trotz der beschriebenen Zuwächse bleibt der Export eine Schwachstelle der ostdeutschen Betriebe. Die strukturellen Nachteile der ostdeutschen Wirtschaft mit einem schwachen Verarbeitenden Gewerbe und einem hohen Anteil kleiner Betriebe beschränken besonders den Export. Die Zahl exportierender ostdeutscher Betriebe ist ebenso unzureichend wie der Export je Betrieb, um westdeutsche Exportgrößen zu erreichen. Das gilt vor allem für Betriebe in ostdeutschem Eigentum. „Ein wesentlicher Grund für die relativ geringe Exporttätigkeit ... dürfte die jahrelange Konzentration der Betriebe auf die regionale Nachfrage sein. Weiterhin spielt eine Rolle, dass sich bestimmte Spezialisierungsmuster ... entwickelt haben. ... Ein weiterer Grund ist in der kleinen Betriebsgröße zu sehen. Die Industriebetriebe in den neuen Ländern sind - von der Personalstärke her gesehen - im Schnitt etwa halb so groß wie in den alten Ländern. Um auf größeren Märkten präsent zu sein, müssen, neben den qualitativen Anforderungen,

²⁰ Die amtliche Statistik gibt die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes 2002 in Ostdeutschland mit 25,1 Prozent an. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es sich hier lediglich um Angaben für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr handelt (Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 202).

häufig bestimmte Mindestanforderungen kontinuierlich abgesichert werden können, was vielen ostdeutschen Betrieben nach wie vor Probleme bereitet.“²¹ Betriebe in ausländischem Eigentum in Ostdeutschland sind mit einer Exportquote von 22 Prozent (im Verarbeitenden Gewerbe 34 Prozent) besonders stark in die internationale Arbeitsteilung eingebunden, vor allem beim Absatz in Westeuropa.

Abbildung 3:
Exportquote und Anteil exportierender Betriebe in Ost- und Westdeutschland 2002 (alle Betriebe mit Umsatz)



Die niedrigere Exportquote ostdeutscher Betriebe führt zu einem geringen Anteil am gesamten Export Deutschlands von nur 5 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe liegt der Anteil bei 6 Prozent²² und in der Dienstleistungsbranche sogar nur bei 2 Prozent. Die Exportkraft ostdeutscher Firmen ist demnach nach wie vor sehr gering. Allerdings ist eine Relativierung angebracht. Viele Produkte aus ostdeutschen Betrieben kommen auf Umwegen ins Ausland. So geht laut IWH ein gutes Drittel der Ostprodukte in die al-

²¹ IWH, Fortschrittsbericht, a. a. O., S.116.

²² Der Anteil der neuen Länder am gesamtdeutschen Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes betrug 2002 nur 5 Prozent (Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003, S. 200, 202).

ten Bundesländer, werden dort als Zulieferungen in „westdeutsche“ Produkte eingebaut und danach exportiert.²³

Verschwindend geringe Marktanteile in Westdeutschland

Neben dem Export ist auch der Absatz von ostdeutschen Produkten und Leistungen in den alten Bundesländern relativ schwach ausgeprägt. Von den in Westdeutschland abgesetzten Produkten aus deutschen Firmen stammen laut IAB-Betriebspanel 2003 lediglich 2 Prozent aus Ostdeutschland. Selbst von den in den neuen Bundesländern insgesamt abgesetzten Produkten aus deutschen Betrieben werden nur 50 Prozent in ostdeutschen Betrieben hergestellt, dementsprechend die anderen 50 Prozent in westdeutschen (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9:
Umsatzanteile ostdeutscher Betriebe am gesamtdeutschen Umsatz nach Regionen 2002

Region	Anteil des ostdeutschen Umsatzes am gesamtdeutschen Umsatz nach Regionen	Ostdeutsche Umsatzanteile nach Branchen		
		Verarbeiten- des Gewerbe	Handel	Dienstleis- tungen
		Prozent		
Alte Bundesländer	2	5	1	1
Neue Bundesländer einschl. Berlin	50	28	50	54
Europäische Währungsunion (ohne Deutschland)	4	5	1	2
Übriges Ausland	6	6	7	2
Insgesamt	10	8	10	11

Die unterschiedliche Durchdringung der Märkte wird häufig als besonderes wirtschaftliches Problem empfunden. Zum Teil hängt sie mit den unterschiedlichen Größen Ost- und Westdeutschlands zusammen. Vom gesamten Absatz deutscher Betriebe in Deutschland im Jahre 2002 kommen 10 Prozent aus Ostdeutschland.

Besonders gering ist der anteilige Absatz ostdeutscher Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes auf dem ostdeutschen Markt, wenn dieser auf den gesamten Absatz deutscher Betriebe der Branche bezogen wird. Nur 28

²³ Vgl. Eine Erfolgsstory, in: iwd, Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Nr. 40, Köln 2003, S. 6.

Prozent des ostdeutschen Marktvolumens dieser Branche wird durch ostdeutsche Betriebe erbracht. Westdeutsche Firmen besetzen demnach fast das Dreifache an Marktanteilen in Ostdeutschland im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zu ostdeutschen Firmen - ein bemerkenswertes Ergebnis, welches ein Schlaglicht auf die Einbindung ostdeutscher Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in die innerdeutsche Arbeitsteilung wirft. Demgegenüber stammen von den im Verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands aus deutschen Firmen abgesetzten Produkten nur 5 Prozent aus Ostdeutschland.

Auch im Handel (50 Prozent) und im Dienstleistungsgewerbe (46 Prozent) verfügen westdeutsche Betriebe über sehr hohe Anteile an dem jeweiligen Marktsegment in Ostdeutschland. Die entsprechenden ostdeutschen Marktanteile in Westdeutschland sind verschwindend gering und liegen bei jeweils 1 Prozent im Handel und in der Dienstleistungsbranche.

Regionale Schieflage zwischen Materialbezug und Absatz

Korrespondierend zur regionalen Verteilung des Verkaufs (Umsatzes) wurde im IAB-Betriebspanel 2003 auch der Einkauf wiederum regional untersucht. Auch hier sind westdeutsche Betriebe wesentlich stärker in Zulieferungen des ostdeutschen Marktes eingebunden als ostdeutsche auf dem westdeutschen Markt.

Die Ausrichtung ostdeutscher Betriebe auf die neuen Bundesländer ist deutlich ausgeprägt, aber immerhin 19 Prozent der ostdeutschen Betriebe beziehen ihr eingesetztes Material - also Roh- und Betriebsstoffe, Vorprodukte oder Handelsware - überwiegend und 51 Prozent teilweise aus den alten Bundesländern. Dagegen setzen nur 6 Prozent der ostdeutschen Betriebe ihre Produkte oder Dienstleistungen vorwiegend und 21 Prozent teilweise in den alten Bundesländern ab (vgl. Tabelle 10).

Diese Schieflage zwischen Materialbezug und Absatz charakterisiert das Problem ostdeutscher Betriebe beim Marktzugang, beeinflusst die Wertschöpfung und verzögert einen schnellen selbsttragenden Aufschwung.

Tabelle 10:
Materialbezug aus den alten Bundesländern und Umsatz der Betriebe Ost-
deutschlands 2002 in den alten Bundesländern (ohne Berlin-West) nach
Branchen (Anteil an der Zahl der Betriebe, alle Betriebe mit Umsatz)

Branche	Materialbezug			Umsatz		
	über- wiegend	teil- weise	gar nicht	über- wiegend	teil- weise	gar nicht
	Prozent			Prozent		
Land- und Forstwirtschaft	1	65	34	2	24	74
Bergbau/Energie/Wasser	11	36	53	2	13	85
Verarbeitendes Gewerbe	29	54	17	16	31	53
Baugewerbe	12	51	37	10	21	69
Handel und Reparatur	37	53	10	3	16	81
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12	48	40	9	27	64
Dienstleistungen	11	49	40	3	20	77
Insgesamt	19	51	30	6	21	73

Die Relationen, wie viel Prozent der ostdeutschen Betriebe ihre Produkte und Leistungen in den alten Bundesländern absetzen und wie viel Prozent dort ihr eingesetztes Material einkaufen, wird und muss sicher für den einzelnen Betrieb unter kostenmäßigen Aspekten entschieden werden. Für die Beurteilung des gesamten Wirtschaftsgebietes Ostdeutschland und auch seiner regionalen Strukturen unter dem Gesichtspunkt der vorhandenen Wertschöpfung und des damit verbundenen Steueraufkommens sowie vor allem auch der regionalen Arbeitsmarktsituation sind die Relationen zwischen Materialbezug und Umsatz von ganz entscheidender Bedeutung. In erster Linie sind die Betriebe gefordert, ein entsprechendes Sortiment mit einem gesunden Preis-Leistungs-Verhältnis anzubieten. In zweiter Linie ist es aber auch Aufgabe der Förderpolitik auf den verschiedensten Ebenen, sowohl strukturelle Defizite zu beseitigen als auch den Marktzugang zu erleichtern. Es geht nicht um die Reduzierung des Einkaufs im Westen, sondern um einen höheren Anteil der Verkäufe in die alten Bundesländer.

Deutlich wird auch der Zusammenhang zwischen der Eigentumsform ostdeutscher Betriebe und dem regionalen Materialbezug. Die ostdeutschen Betriebe in westdeutschem Eigentum beziehen zu 28 Prozent ihr Material überwiegend aus den alten Bundesländern, die Betriebe in ostdeutschem Eigentum nur zu 18 Prozent (vgl. Tabelle 11). Auch ist die Vernetzung zwischen ostdeutschen Betrieben in ausländischem Eigentum und dem Mate-

rialbezug aus den Ländern der Europäischen Währungsunion um ein Vielfaches enger als bei Betrieben in ostdeutschem Eigentum.

Tabelle 11:

Regionale Verteilung des Materialbezuges der Betriebe Ostdeutschlands 2002 nach Eigentumsverhältnissen (Anteil an der Zahl der Betriebe, alle Betriebe mit Umsatz)

Materialbezug Eigentumsverhältnis	Alte Bundesländer (ohne Berlin)			Neue Bundesländer (einschl. Berlin)			Andere Länder der Europäischen Währungsunion		
	überwiegend	teilweise	gar nicht	überwiegend	teilweise	gar nicht	überwiegend	teilweise	gar nicht
	Prozent			Prozent			Prozent		
Ostdeutsches Eigentum	18	52	30	55	39	6	2	12	86
Westdeutsches Eigentum	28	52	20	37	55	8	2	21	77
Ausländisches Eigentum	13	43	44	47	46	7	18	38	44
Öffentliches Eigentum	7	50	43	66	25	9	0	17	83
Sonstiges bzw. nicht bekannt	17	48	35	57	38	5	0	16	84
Insgesamt	19	51	30	53	41	6	2	14	84

Zusammenfassend ist die wirtschaftsstrukturelle Lage der Betriebe Ostdeutschlands durch folgende Aspekte charakterisiert:

Die Zweig- und Branchenstruktur der ostdeutschen Wirtschaft ist durch einen zu hohen Anteil relativ wertschöpfungsarmer Betriebe gekennzeichnet. Rückstände in der Forschungs- und Entwicklungsintensität wie in der Exportquote stehen vor allem mit dieser Grundstruktur im Zusammenhang. Es gilt, besonders die Entwicklungspotenziale wertschöpfungsintensiver Betriebe auszuweiten. Dazu bedarf es langer Zeiträume.

Die Betriebsgrößenstruktur ist durch einen deutlich geringeren Anteil von Großbetrieben charakterisiert. Zusammen mit der Zweig- und Branchenstruktur zeichnen sie für ca. ein Drittel des Produktivitätsrückstandes verantwortlich. Hinzu kommt ein ungünstiger Struktureffekt durch einseitige Konzentration von Stammbetrieben in Westdeutschland und Zweigbetrieben in Ostdeutschland.

Die Betriebe in westdeutschem und ausländischem Eigentum gehören mit ihrer günstigeren Betriebsgröße, dem Modernisierungsschub der Vorjahre und vor allem mit ihren besseren Voraussetzungen beim Marktzugang zu den Hauptträgern der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern.

Auf betrieblicher Ebene summieren sich die stärksten Defizite im Vergleich zu Westdeutschland unter dem Begriff „unzureichende Marktanteile“. Der

große und in den letzten Jahren nicht weiter abgebaute Rückstand im Produktivitätsniveau beruht in erster Linie auf einer ganzen Reihe innerbetrieblicher Faktoren.

5 Ertragslage der Betriebe

Die Einschätzungen zur Ertragslage durch die Betriebe beruhen auf den subjektiven Meinungen der Ansprechpartner während des Interviews. Generell spiegelt sich in der Ertragslage eine Reihe von betriebswirtschaftlichen Sachverhalten wider, die sich kaum in einer Kennziffer fassen lassen. Dazu gehören neben der Kostenstruktur und dem Gewinn auch Einschätzungen zur Auftragslage, zu Bilanzkennziffern usw. Objektivieren könnte man die Ertragslage anhand von Bilanzdaten, auf die im IAB-Betriebspanel allerdings nicht zurückgegriffen werden kann.

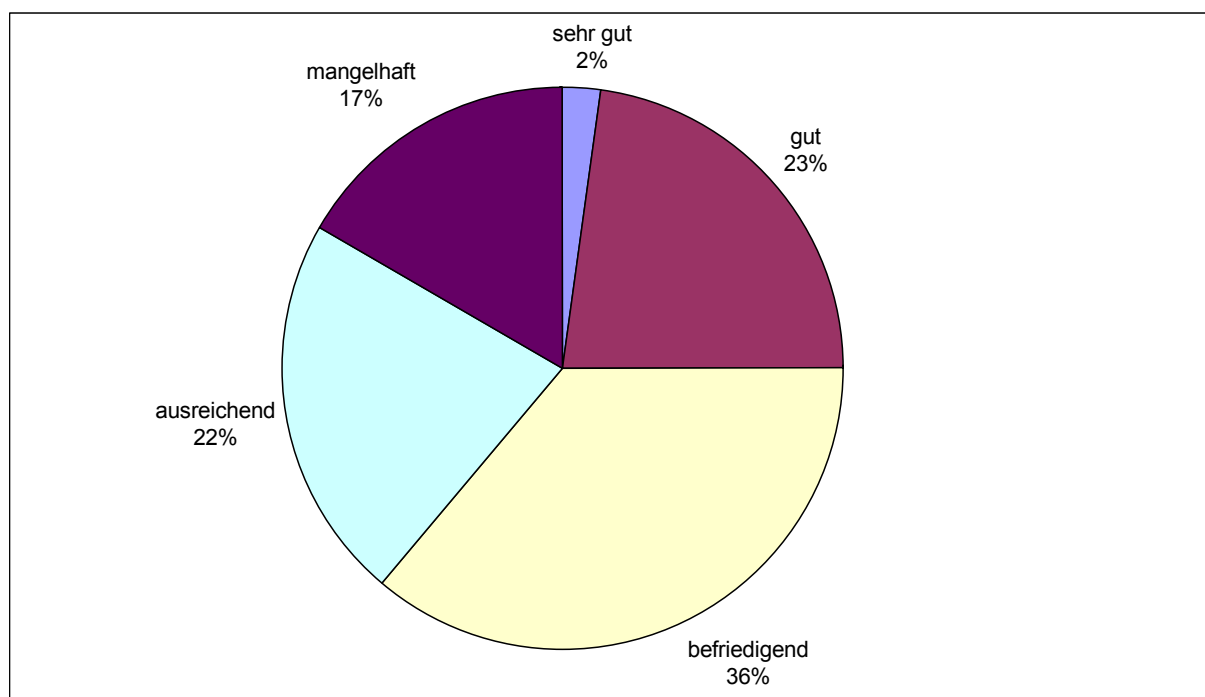
Im Fortschrittsbericht wird von führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten Folgendes konstatiert: „Natürlich hängt die Ertragslage der Unternehmen von ihrer Stellung im Wettbewerb und der Entwicklung der Nachfrage auf ihren Absatzmärkten ab. So finden sich unter denjenigen Unternehmen, die meinen, eine gute Position im Wettbewerb zu haben, vergleichsweise viele, die gute Gewinne erzielen. Unternehmen mit schwacher Stellung im Wettbewerb müssen dagegen relativ häufig Verluste hinnehmen. Entsprechendes gilt für Unternehmen, die auf expandierenden Märkten agieren; sie kommen in überdurchschnittlich großer Zahl auf Gewinne. Unternehmen dagegen, die auf ihren Märkten mit einer schrumpfenden Nachfrage konfrontiert sind, müssen recht oft Verluste verbuchen.“²⁴

Die Ertragslage der ostdeutschen Betriebe bleibt auch im Jahr 2002 sehr differenziert und bei einem großen Teil von ihnen angespannt. Betriebe mit guter Ertragslage sind ebenso festzustellen wie mit mangelhafter. Eine sehr gute und gute Ertragslage weisen 25 Prozent aller ostdeutschen Betriebe auf, eine befriedigende 36 Prozent. Eine Besorgnis erregende Lage signalisieren dagegen 39 Prozent der Betriebe, die ihre Ertragslage nur mit ausreichend oder mangelhaft einstufen (vgl. Abbildung 4).

²⁴ IWH, Fortschrittsbericht, a. a. O: S. 225.

Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels 1997²⁵ besteht ein enger betrieblicher Zusammenhang zwischen ausreichender oder mangelhafter Ertragslage und fehlendem Gewinn. Diesen Zusammenhang vorausgesetzt, haben die meisten der Betriebe mit ausreichender und mangelhafter Ertragslage die Gewinnzone nicht erreicht. Sie sind damit stark in ihrer Reproduktionsfähigkeit eingeschränkt, und es ist zu vermuten, dass sich viele von ihnen in einer Existenz bedrohenden Situation befinden.

Abbildung 4:
Bewertung der Ertragslage in den Betrieben Ostdeutschlands 2002 (Anteil an der Zahl der Betriebe in Prozent)



Im Vergleich zu den Betrieben in Westdeutschland ist die Ertragslage in ostdeutschen Betrieben in fast allen Branchen und auch im Durchschnitt ähnlich (43 zu 42 Bewertungspunkte) (vgl. Tabelle 12).²⁶

²⁵ Reinhard Schaefer, Jürgen Wahse: Neue Bundesländer 1997, Personalabbau in nahezu allen Wirtschaftsbereichen - Beschäftigungspotentiale im Osten erschöpft?, Stabilisierung im Verarbeitenden Gewerbe noch ohne durchschlagende Beschäftigungswirkung, Ergebnisse der zweiten Welle des IAB-Betriebspanels Ost 1997, IAB-Werkstattbericht Nr. 4 vom 20.5.1998, S. 57.

²⁶ Nach Aussagen des KfW-Mittelstandspanels zur Geschäftslage der Unternehmen (eine Befragung von knapp 15.000 kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland 2003) ist bemerkenswert, „dass Unternehmen in den neuen Bundesländern ihre Lage nur geringfügig schlechter einstufen, als Unternehmen in den alten Bundesländern.“ In: Ergebnisbericht KfW-Mittelstandspanel 2003, S. 2.

Auch im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Ertragslage kaum verändert. Bemerkenswert sind nur die schlechteren Einschätzungen in der Land- und Forstwirtschaft (vgl. ebenfalls Tabelle 12).

Tabelle 12:

Ertragslage der Betriebe in Ostdeutschland 2002 nach Branchen (Anteil an der Zahl der Betriebe, die nicht zum öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützige Einrichtung o. Ä. sind)

Branche	sehr gut	gut	befriedi- gend	ausrei- chend	mangel- haft	Bewertung	
						Ost- deutsch- land	West- deutsch- land
	Prozent					Punkte	Punkte
Land- und Forstwirtschaft	0	14	35	39	12	38 (51)	41
Bergbau/Energie/Wasser	2	38	27	28	4	52 (50)	50
Verarbeitendes Gewerbe	1	21	39	20	18	42 (44)	38
Baugewerbe	2	18	31	28	19	39 (36)	41
Handel und Reparatur	1	19	37	24	18	40 (41)	38
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3	25	39	17	17	45 (49)	35
Dienstleistungen	3	26	36	19	16	46 (44)	46
Ostdeutschland insgesamt	2	23	36	22	17	43 (43)	
Westdeutschland	3	22	34	24	17		42

Bewertungspunkte: sehr gut = 100 ... mangelhaft = 0

Werte in Klammern: 2001

Kleinstbetriebe mit schlechtester, Unternehmen in öffentlichem Eigentum mit bester Ertragslage

Die auf Durchschnitte bezogenen Bewertungen der Ertragslage in den Betrieben Ost- und Westdeutschlands werden von Unterschieden in der Größenstruktur und der Dynamik im Strukturwandel geprägt. Betrachtet man die Ertragslage der ostdeutschen, aber auch der westdeutschen Betriebe nach ihrer Größenklasse, dann wird deutlich, dass die Kleinstbetriebe (mit weniger als 5 Beschäftigten) gleichermaßen mit Abstand die schlechteste Ertragslage haben (vgl. Tabelle 13). Die unbefriedigende Ertragssituation der Kleinstbetriebe sollte bei Förderkonzepten berücksichtigt werden (vgl. Abschnitt „Öffentliche Förderung“ Tabellen 28 und 32).

Tabelle 13:

Ertragslage der Betriebe in Ostdeutschland 2002 nach Betriebsgrößenklassen (Anteil an der Zahl der Betriebe, die nicht zum öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützige Einrichtung o. Ä. sind)

Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	sehr gut	gut	befriedi- gend	ausrei- chend	mangel- haft	Bewertung	
						Ost- deutsch- land	West- deutsch- land
	Prozent					Punkte	Punkte
1 bis 4 Beschäftigte	2	20	36	24	19	41 (40)	40
5 bis 19 Beschäftigte	3	25	37	20	15	45 (46)	44
20 bis 99 Beschäftigte	3	27	34	21	15	46 (47)	43
ab 100 Beschäftigte	4	33	34	17	12	50 (49)	46
Insgesamt	2	23	36	22	17	43 (43)	42

Bewertungspunkte: sehr gut = 100 ... mangelhaft = 0

Werte in Klammern: 2001

Im Unterschied zu den Vorjahren unterscheidet sich die Einschätzung zur Ertragslage zwischen den Unternehmen in ostdeutschem Eigentum auf der einen Seite und den Unternehmen in westdeutschem und ausländischem Eigentum auf der anderen Seite nicht mehr so eindeutig. Nur die Betriebe in öffentlichem Eigentum weichen in positiver Hinsicht sowohl von allen anderen Eigentumsformen als auch in der Einschätzung zum Vorjahr ab (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14:

Ertragslage der Betriebe in Ostdeutschland 2002 nach den Eigentumsverhältnissen des Betriebes (Anteil an der Zahl der Betriebe, die nicht zum öffentlichen Dienst gehören und keine gemeinnützige Einrichtung o. Ä. sind)

Eigentumsverhältnis	sehr gut	gut	befriedi- gend	ausrei- chend	mangelhaft	Bewertung
						Punkte
Ostdeutsches Eigentum	2	23	35	23	17	43 (42)
Westdeutsches Eigentum	3	20	40	20	17	43 (47)
Ausländisches Eigentum	3	17	42	7	31	38 (49)
Öffentliches Eigentum	2	42	44	10	4	57 (50)
Sonstiges bzw. nicht bekannt	1	21	44	22	12	44 (44)
Insgesamt	2	23	36	22	17	43 (43)

Bewertungspunkte: sehr gut = 100 ... mangelhaft = 0

Werte in Klammern: 2001

6 Tarifbindung der Betriebe

Exkurs zu Tarifverträgen

Die von den Tarif- und Sozialpartnern abgeschlossenen Tarifverträge sind privatrechtliche Verträge, die für die vertragsschließenden Parteien Min-

destarbeitsbedingungen festlegen.²⁷ Die Betriebe können im Rahmen der rechtlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik ihre Vereinbarungen über Löhne und Arbeitsbedingungen durch Flächentarifverträge (Branchentarifverträge), die überbetriebliche Gültigkeit haben, durch Haustarifverträge (Firmentarifverträge) oder ohne Tarifvertrag, d. h. über individuelle Arbeitsverträge treffen. Unabhängig davon können sich aber Betriebe ohne formalen Tarifvertrag an den Inhalten eines Branchentarifvertrages orientieren.

Die Diskussion über die Akzeptanz der verschiedenen tarifvertraglichen Regelungen findet speziell in Ostdeutschland angesichts hoher Arbeitslosigkeit, Beschäftigungssicherung und Lohnangleichung einerseits und angesichts eines breiten Meinungsspektrums über Lohnstückkosten und flexible Arbeitszeiten andererseits statt. Vielfach wird der Diskussion zugrunde gelegt, dass sich bei fehlender Tarifbindung die Lohnhöhe eher an betrieblich vertraglichen Belastungen ausrichtet.

Orientierung an Tarifverträgen in Ostdeutschland überraschend hoch

Die Tarifbindung in Ostdeutschland ist deutlich niedriger als in Westdeutschland. Während nur jedes vierte ostdeutsche Unternehmen (26 Prozent) tarifgebunden ist, trifft dies auf fast jedes zweite westdeutsche Unternehmen (46 Prozent) zu. Aufgrund der Größe der Unternehmen, die einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, werden im Osten Deutschlands ca. 54 Prozent und in Westdeutschland ca. 70 Prozent aller Beschäftigten entsprechend eines Branchen- bzw. Haustarifvertrags entlohnt.

Darüber hinaus orientieren sich aber nach eigenen Einschätzungen zahlreiche Unternehmen in Ost und West an bestehenden Tarifverträgen. Jeder dritte Betrieb in Ostdeutschland (32 Prozent) richtet sich nach einem Branchentarifvertrag, in Westdeutschland jeder vierte (23 Prozent). Dies sind in der Regel kleinere Unternehmen, sodass in den neuen Bundesländern 24 Prozent und in den alten Bundesländern 16 Prozent aller Beschäftigten in den betreffenden Unternehmen tätig sind. Diese Orientierung beinhaltet, dass in Ostdeutschland 86 Prozent dieser Betriebe vergleichbare

²⁷ Vgl. auch Arnd Kölling, Karen Lehmann: Arbeitszeitregelungen und Tarifbindung, Beitrag zum IAB-Forschungstreffen Hersbruck 05. und 06.10.2000.

oder höhere Löhne in Bezug auf den Branchentarifvertrag zahlen, in Westdeutschland sind es sogar 97 Prozent (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15:
Anwendung von Tarifverträgen in Ostdeutschland 2003 nach Branchen und Betriebsgrößenklassen

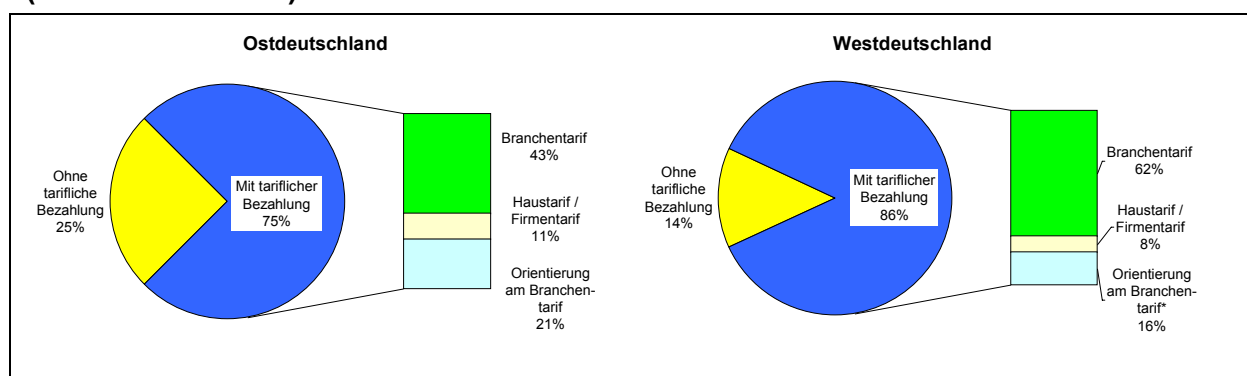
Branche/Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Betriebe				Beschäftigte			
	mit Bran- chen- tarif	mit Haus- tarif/ Fir- menta- rif	Orien- tierung am Bran- chen- tarif	ohne Tarif- vertrag	mit Bran- chen- tarif	mit Haus- tari / Fir- menta- rif	Orien- tierung am Bran- chen- tarif	ohne Tarif- vertrag
	Prozent				Prozent			
Land- und Forstwirtschaft	9	4	27	61	19	6	34	41
Bergbau/Energie/Wasser	35	11	43	11	65	23	9	3
Verarbeitendes Gewerbe	20	6	34	40	33	14	27	26
Baugewerbe	28	4	36	32	39	8	37	17
Handel und Reparatur	19	6	30	46	34	8	28	29
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10	5	28	57	21	34	17	28
Kredit- und Versicherungsgewerbe	26	7	33	34	72	4	16	7
Dienstleistungen	18	4	34	45	41	10	25	24
Unternehmensnahe Dienstleistungen	13	4	31	52	33	8	25	34
Erziehung und Unterricht	30	15	21	34	46	20	16	18
Gesundheits- und Sozialwesen	22	4	50	24	51	8	27	14
Übrige Dienstleistungen	17	2	26	55	35	7	29	29
Organisationen ohne Erwerbscharakter	37	7	33	22	37	12	35	17
Öffentliche Verwaltung	84	10	4	2	92	7	1	1
1 bis 4 Beschäftigte	16	3	30	51	17	3	33	47
5 bis 19 Beschäftigte	22	6	36	36	24	6	35	34
20 bis 99 Beschäftigte	40	9	28	23	43	10	27	21
ab 100 Beschäftigte	53	17	17	13	61	18	12	9
Ostdeutschland insgesamt	21	5	42	43	32	11	24	22
Westdeutschland	43	3	31	62	23	8	16	14

Durch diese Einschätzungen der befragten Unternehmen kann der allgemein beklagte dramatisch niedrige Anteil von Beschäftigten in Ostdeutschland, die in Höhe eines Tariflohns bezahlt werden, nur zum Teil bestätigt werden. Denn wenn man die Betriebe mit Orientierung am Branchentarifvertrag, die mit Tariflöhnen vergleichbare Löhne und Gehälter zahlen, zu den Betrieben mit Tarifbindung hinzu rechnet, erfolgt eine tarifliche Bezahlung in Westdeutschland in 68 Prozent, in Ostdeutschland in 54 Prozent der Betriebe. Somit erhalten in Ostdeutschland 75 Prozent aller Beschäftigten (in Westdeutschland 86 Prozent) eine dem Tarif entsprechende Bezahlung. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die ostdeutschen Tariflöhne immer noch unterhalb der westdeutschen Tariflöhne liegen. Laut WSI-Tarifarchiv betrug 2003 die Angleichungsquote der tariflichen

Grundvergütung 93 Prozent, Tarifgebundenheit geht also nicht mit Lohn-
gleichheit einher.²⁸

Fazit: Durch die Einbeziehung der Betriebe mit Orientierung am Branchen-
tarifvertrag relativieren sich die großen Unterschiede in der Tarifbindung
zwischen Ost und West, die entstehen, wenn man nur die Tarifbindung im
engeren Sinne vergleicht (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5:
Tarifliche Bezahlung der Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland 2003
(Anteil in Prozent)



Die Anwendung der verschiedenen Formen von Tarifverträgen ist bran-
chenmäßig sehr unterschiedlich ausgeprägt. Eine überdurchschnittlich ho-
he Bindung an Tarifverträge gibt es für die Beschäftigten in der öffentli-
chen Verwaltung (99 Prozent aller Beschäftigten), im Bereich Bergbau/
Energie/Wasser (97 Prozent) sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe
(93 Prozent). Dagegen liegen übrige und unternehmensnahe Dienstleis-
tungen sowie die Land- und Forstwirtschaft unter dem Durchschnitt (vgl.
Tabelle 15).

Größere Betriebe halten sich weitaus stärker als kleine an Tarifverträge
(vgl. ebenfalls Tabelle 15).

Eine Orientierung am Branchentarifvertrag beinhaltet in der Regel eine tarifliche Bezahlung

Zum ersten Mal wird in einer Welle des IAB-Betriebspanel die Kategorie
„Orientierung am Branchentarifvertrag“ hinterfragt. In Bezug auf die Löh-

²⁸ Vgl. Reinhard Bispinck/WSI-Tarifarchiv: Tarifpolitischer Jahresbericht 2003: Konflikt um Tarifautonomie – Kampf um Lohnprozente, in: WSI Mitteilungen, Februar 2004, 57. Jahrgang, S. 67.

ne und Gehälter wird versucht, die Abweichungen im Lohnniveau vom gültigen Branchentarifvertrag nach unten bzw. nach oben zu quantifizieren. Das Ergebnis ist überraschend: 80 Prozent aller Betriebe, die angeben, sich am Branchentarifvertrag zu orientieren, zahlen vergleichbare Löhne, 6 Prozent höhere und nur 14 Prozent geringere Löhne (vgl. Tabelle 16). Die höheren Löhne weichen im Durchschnitt um 12 Prozent, die niedrigeren Löhne um 13 Prozent von den Tariflöhnen ab.

Tabelle 16:

Orientierung der Betriebe hinsichtlich der Löhne und Gehälter am Branchentarifvertrag in Ostdeutschland 2003 nach Branchen und Betriebsgrößenklassen (Anteil an der Zahl der Betriebe mit Orientierung am Branchentarifvertrag)

Branche/Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Der Betrieb zahlt in Bezug auf den Branchentarifvertrag im Durchschnitt...			
	höhere Löhne	vergleichbare Löhne	niedrigere Löhne	Insgesamt
	Prozent			
Land- und Forstwirtschaft	0	74	25	100
Bergbau/Energie/Wasser	7	81	12	100
Verarbeitendes Gewerbe	8	76	16	100
Baugewerbe	4	83	13	100
Handel und Reparatur	5	78	17	100
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14	76	10	100
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6	94	0	100
Dienstleistungen	8	81	11	100
Unternehmensnahe Dienstleistungen	7	84	9	100
Erziehung und Unterricht	5	71	24	100
Gesundheits- und Sozialwesen	4	82	14	100
Übrige Dienstleistungen	14	77	9	100
Organisationen ohne Erwerbscharakter	4	79	18	100
Öffentliche Verwaltung	0	72	28	100
1 bis 4 Beschäftigte	3	86	11	100
5 bis 19 Beschäftigte	9	75	16	100
20 bis 99 Beschäftigte	11	72	17	100
ab 100 Beschäftigte	9	63	28	100
Ostdeutschland insgesamt	6	80	14	100
Westdeutschland	26	71	3	100

Eine Orientierung am Branchentarifvertrag kann sich neben einer Orientierung an der Lohnhöhe auch auf andere Elemente des Tarifvertrages beziehen. Dazu gehören finanzielle Zusatzleistungen (wie z. B. Weihnachts- oder Urlaubsgeld), Dauer des Jahresurlaubs, Länge der Arbeitszeit u. a. m. Relativ weit verbreitet ist eine Orientierung an der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit und dem Jahresurlaub (jeweils über zwei Drittel aller Betriebe mit Orientierung am Branchentarifvertrag). Dagegen zahlen aber

nur 29 Prozent der Betriebe Zusatzleistungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld entsprechend gültiger Tarifverträge (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17:

Orientierung der Betriebe hinsichtlich finanzieller Zusatzleistungen, Urlaub und Arbeitszeiten am Branchentarifvertrag in Ostdeutschland 2003 nach Betriebsgrößenklassen (Anteil an der Zahl der Betriebe mit Orientierung am Branchentarifvertrag)

Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Der Betrieb orientiert sich am Branchentarifvertrag hinsichtlich....				Keine Orientierung am Branchentarifvertrag hinsichtlich Zusatzleistungen
	Zusatzleistungen, wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld	der Dauer des Jahresurlaubs	der Arbeitszeit	sonstiger Regelungen	
	Prozent				Prozent
1 bis 4 Beschäftigte	26	68	65	11	20
5 bis 19 Beschäftigte	31	67	69	12	20
20 bis 99 Beschäftigte	39	71	65	19	15
ab 100 Beschäftigte	50	75	70	32	14
Ostdeutschland insgesamt	29	68	67	12	20
Westdeutschland	58	70	58	18	18

Übertarifliche Bezahlung vor allem in größeren Betrieben sowie in Betrieben in westdeutschem und ausländischem Eigentum

Ein nur schwer zu quantifizierender Faktor im gesamten Entlohnungssystem ist die übertarifliche Bezahlung. Nach Angaben des IAB-Betriebspanels zahlen in Ostdeutschland lediglich 14 Prozent aller Betriebe mit Tarifverträgen übertarifliche Löhne und Gehälter. In Westdeutschland sind es dagegen 43 Prozent²⁹ (vgl. Tabelle 18). Die Verbreitung der übertariflichen Zahlung ist somit in westdeutschen Betrieben deutlich höher. Auch dieser Faktor beeinflusst den Lohnvergleich zwischen Ost und West zu Lasten Ostdeutschlands.

Die übertarifliche Bezahlung erreicht in Betrieben in westdeutschem Eigentum mit 26 Prozent und in ausländischem Eigentum mit 22 Prozent deut-

²⁹ Untersuchungen des IAB Nürnberg sowie der Universität Erlangen kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Nach diesen Angaben zahlten im Jahr 2002 in Westdeutschland 46 Prozent aller Unternehmen mit Tarifbindung übertarifliche Löhne und Gehälter. Vgl. Susanne Kohaut, Claus Schnabel: Verbreitung, Ausmaß und Determinanten der übertariflichen Entlohnung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 36. Jg./2003, Heft 4, S. 662 ff.

lich höhere Werte als in Betrieben in ostdeutschem Eigentum (12 Prozent der Betriebe).

Von den Betrieben mit 100 Beschäftigten und mehr zahlen 15 Prozent, von den Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten 14 Prozent übertarifliche Löhne bzw. Gehälter.

Die durchschnittliche Höhe der übertariflichen Bezahlung bewegt sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland bei 11 Prozent. Sie liegt im Baugewerbe sowie im Bereich Bergbau/Energie/Wasser überdurchschnittlich hoch bei etwa 14 bzw. 13 Prozent (vgl. Tabelle 18).

Resümierend kann festgestellt werden, nicht die Höhe der übertariflichen Zahlung, sondern ihre Verbreitung unterscheidet die Situation in Ost- und Westdeutschland.

Tabelle 18:
Zahlung von Löhnen und Gehältern über Tarif in Ostdeutschland Mitte 2003 nach Branchen und Betriebsgrößenklassen (Anteil an der Zahl der Betriebe mit Tarifvertrag)

Branche/Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Betriebe mit Bezahlung über Tarif	Durchschnittliche Höhe der Zahlung über Tarif
	Prozent	
Land- und Forstwirtschaft	12	8
Bergbau/Energie/Wasser	11	13
Verarbeitendes Gewerbe	18	10
Baugewerbe	13	14
Handel und Reparatur	17	9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	29	12
Kredit- und Versicherungsgewerbe	14	9
Dienstleistungen	15	11
Unternehmensnahe Dienstleistungen	21	11
Erziehung und Unterricht	2	7
Gesundheits- und Sozialwesen	13	12
Übrige Dienstleistungen	15	12
Organisationen ohne Erwerbscharakter	0	10
Öffentliche Verwaltung	0	-
1 bis 4 Beschäftigte	8	13
5 bis 19 Beschäftigte	18	11
20 bis 99 Beschäftigte	14	10
ab 100 Beschäftigte	15	9
Ostdeutschland insgesamt	14	11
Westdeutschland	43	11

7 Investitionstätigkeit

Investitionen sind unbestritten für die Entwicklung von Unternehmen von ausschlaggebender Bedeutung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, zu expandieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie stärken und modernisieren den Kapitalstock der Betriebe.

Hohe Investitionsbereitschaft der Betriebe, stimuliert durch staatliche Förderungsbedingungen, führte zur weit gehenden Erneuerung, Umstrukturierung und Erweiterung des Kapitalstocks fast aller ostdeutschen Betriebe. Höhere Zuwachsraten der Investitionen in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland verringerten die Unterschiede in der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz.

Kommunikationstechnik wichtigstes Investitionsfeld

Als wichtigstes Einsatzfeld der Investitionen in den ostdeutschen Betrieben wurde EDV, Informations- und Kommunikationstechnik genannt. 58 Prozent aller Betriebe mit Investitionen investierten im Jahre 2002 in diesem Einsatzfeld. Investitionen für Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung nahmen 53 Prozent der investierenden Betriebe vor. Darüber hinaus haben 32 Prozent der investierenden Betriebe Investitionen für Verkehrsmittel und Transportsysteme sowie 18 Prozent für Grundstücke und Gebäude getätigt (vgl. Tabelle 19). Diese Relationen sind in ähnlicher Größenordnung in den alten Bundesländern festzustellen, wobei einerseits der Anteil der Investitionen in den Einsatzfeldern Kommunikationstechnik und Produktionsanlagen in westdeutschen Betrieben höher ist, andererseits bei Bauten und Verkehrsmitteln in Ostdeutschland höhere Anteile vorliegen.

Tabelle 19:
Einsatzfelder der Investitionen in den Betrieben Ostdeutschlands 2002 nach Branchen (Anteil an der Zahl der Betriebe mit Investitionen, Mehrfachnennungen waren möglich)

Branche	Grundstücke, Gebäude	EDV, Informations- und Kommunikationstechnik	Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Verkehrsmittel, Transportsysteme
	Prozent			
Land- und Forstwirtschaft	34	22	61	45
Bergbau/Energie/Wasser	43	65	72	31
Verarbeitendes Gewerbe	13	59	76	29
Baugewerbe	11	48	63	41
Handel und Reparatur	19	61	56	33
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4	44	20	80
Kredit- und Versicherungsgewerbe	17	74	31	16
Dienstleistungen	16	66	52	23
Unternehmensnahe Dienstleistungen	11	86	38	28
Erziehung und Unterricht	32	63	43	19
Gesundheits- und Sozialwesen	13	65	59	19
Übrige Dienstleistungen	23	35	68	20
Organisationen ohne Erwerbscharakter	39	50	27	12
Öffentliche Verwaltung	68	53	41	28
Ostdeutschland insgesamt 2002	18	58	53	32
2001	18	61	51	34
2000	20	63	53	31
1995	27	56	67	39
Westdeutschland 2002	13	66	58	28
2001	15	67	56	28
2000	15	72	55	30
1995	20	50	55	34

Die Einschätzungen der Betriebe zum Einsatzfeld der Investitionen unterscheiden sich zwischen den Branchen und Betriebsgrößenklassen. Unterschiedliche Erfordernisse der Produktions- und Leistungsprozesse prägen die Einsatzfelder der Investitionen. Aufwendungen für Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnik sind eher für Großbetriebe und für das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie unternehmensnahe Dienstleistungen charakteristisch. Grundstücke und Gebäude spielen in der öffentlichen Verwaltung eine besonders große Rolle. Verkehrsmittel und Transportsysteme konzentrieren sich im Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung, Produktionsanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Bereich Bergbau/Energie/Wasser und im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Einschätzung, dass Investitionen für EDV, Informations- und Kommunikationstechnik an erster Stelle der genannten Einsatzfelder stehen, sagt noch nichts über den Umfang und die Breite der Anwendung von moderner Informationstechnik aus. Zwar haben die meisten kleineren und mittleren Unternehmen einen Internetanschluss und nutzen ihn vor allem für E-Mails und Recherchen. Nur wenige machen aber schon Geschäfte über das World Wide Web. Noch zu wenige Unternehmen nutzen internetbasierte Anwendungen, um ihre Geschäftsabläufe schneller und effizienter zu gestalten.³⁰ Der DIHK sieht einen erheblichen Entwicklungsrückstand bei der Internetanwendung gegenüber westdeutschen Betrieben.³¹

Ein spezieller Fragenkomplex im IAB-Betriebspanel von 2001 (sechste Welle)³² nach der Ausstattung mit Computern (im Büro, außerhalb des Büros) und Netzzugängen verdeutlicht, dass diese Einschätzung nicht zutrifft. Der Anteil der Betriebe mit Computern liegt in Ost- wie in Westdeutschland bei 83 Prozent. Ähnlich sind die Relationen beim Netzzugang (64 Prozent, 68 Prozent).

Andererseits sind die geringeren Anteilswerte der Investitionen für Informationstechnik in Ostdeutschland (nur 8 Prozent aller Investitionen) gegenüber Westdeutschland (14 Prozent) ein Warnsignal für künftige Entwicklungen.

Moderner technischer Stand der Anlagen

Die rege Investitionstätigkeit ostdeutscher Betriebe in den 90er-Jahren hat zur Erneuerung ihres Sachkapitals geführt und ist in der Regel mit der Einführung neuester und neuer Technik verbunden. Angaben der Betriebe zum technischen Stand der Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung auch im Vergleich zu westdeutschen Betrieben brachten überaus positive Bewertungen. Nach einer Werteskala von 1 bis 5 für Anlagen auf dem neuesten Stand bis völlig veraltet wird in Ostdeutschland ein guter

³⁰ Mittelstand, Ein Online-Anschluss ist nicht alles, in: iwd, Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Nr. 16, Köln 2001, S. 7.

³¹ Jörg Michel: Ostdeutsche Betriebe hinken beim Internet hinterher, in: Berliner Zeitung vom 7. Dezember 2000, S. 38.

³² R. Schaefer/J. Wahse: Aufholprozess in Ostdeutschland kommt nur schleppend voran, IAB-Werkstattbericht 7/16.7.2002, S. 143 ff.

technischer Stand der Anlagen im Durchschnitt der Betriebe erreicht. Dieser Wert widerspiegelt eine erfolgreiche Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren. Allerdings haben sich die Werte – wahrscheinlich in Abhängigkeit von der zurückhaltenden Investitionspolitik in den letzten Jahren – leicht verschlechtert. Überdurchschnittlich gute Werte erreichen in Ostdeutschland das Kredit- und Versicherungsgewerbe, der Bereich Bergbau/Energie/Wasser, die unternehmensnahen Dienstleistungen und das Gesundheits- und Sozialwesen. Etwa im Durchschnitt liegen die Bewertungen für das Verarbeitende Gewerbe, die Bereiche Handel/Reparatur und Verkehr/Nachrichtenübermittlung, unterhalb des Durchschnitts die der öffentlichen Verwaltung, der Organisationen ohne Erwerbscharakter, der Land- und Forstwirtschaft sowie des Bauwesens (vgl. Tabelle 20).

Tabelle 20:

Technischer Stand der Anlagen* in den Betrieben Ostdeutschlands 2003 nach Branchen (Anteil an der Zahl der Betriebe)

Branche	Technischer Stand						
	1	2	3	4	5	Ost-deutsch-land	West-deutsch-land
	Prozent					Durchschnittswert	
Land- und Forstwirtschaft	8	39	46	4	3	2,6	2,3
Bergbau/Energie/Wasser	23	41	29	5	2	2,2	2,1
Verarbeitendes Gewerbe	10	44	40	7	0	2,4	2,4
Baugewerbe	5	50	40	4	1	2,5	2,4
Handel und Reparatur	13	51	32	3	1	2,3	2,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	17	42	40	1	0	2,3	2,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	49	37	13	1	0	1,7	1,9
Dienstleistungen	16	48	33	3	0	2,2	2,2
Unternehmensnahe Dienstleistungen	19	50	30	0	0	2,1	2,0
Erziehung und Unterricht	13	47	30	9	0	2,4	2,3
Gesundheits- und Sozialwesen	16	51	32	1	0	2,2	2,1
Übrige Dienstleistungen	14	41	38	6	1	2,4	2,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2	32	47	16	3	2,9	2,4
Öffentliche Verwaltung	5	45	43	7	0	2,5	2,2
Ostdeutschland insgesamt	13	47	35	4	1	2,3	
Westdeutschland	16	46	33	4	1		2,3

* 1 – auf dem neusten Stand ... 5 – völlig veraltet

Bestätigt werden die subjektiven Einschätzungen der Betriebe zum technischen Stand der Anlagen durch Angaben zum Durchschnittsalter und zum Modernitätsgrad des Kapitalstocks. Beide Kennziffern sind in den neuen Ländern im Zuge der Restrukturierung stetig gestiegen und haben bereits seit längerem das westdeutsche Niveau erreicht bzw. sogar übertroffen.

Der technische Stand der Anlagen ist kaum noch ein erklärender Faktor für den Produktivitätsrückstand. Die technischen Bedingungen für ein ähnliches Produktivitätsniveau in Ost und West dürften daher gegeben sein, es besteht im Wesentlichen kein weiterer Nachholbedarf. Das kann auch gar nicht anders sein. Das ostdeutsche Bruttoanlagevermögen hat sich seit 1990 nahezu verdoppelt und 80 Prozent bestehen aus Anlagen, die nach 1990 installiert wurden.³³ Offene Märkte gewährleisten den Einsatz technisch und technologisch modernster Investitionsgüter.

Offensichtlich haben nicht zuletzt die umfangreichen Fördermaßnahmen in ostdeutschen Betrieben in relativ kurzer Zeit zu einem ebenso modernen Stand der Ausrüstungen geführt wie in vergleichbaren westdeutschen Betrieben.

Strukturelle Defizite in der Investitionsbereitschaft

Nach den Angaben des IAB-Betriebspanels haben nur noch 49 Prozent aller ostdeutschen Betriebe im Jahre 2002 Investitionen vorgenommen (Im Jahr 2000 waren es noch 57 Prozent). 15 Prozent der Investitionen Deutschlands werden in den neuen Bundesländern eingesetzt. Sowohl strukturell als auch in der Intensität offenbaren die Angaben der Betriebe große Unterschiede zwischen Ost und West. So bleiben die Investitionen in den gewerblichen Branchen in Ostdeutschland sowohl anteilig als auch in der Intensität zum Teil weit zurück. Zweifellos verbirgt sich hinter der fehlenden Konzentration der Investitionen auf das Produzierende Gewerbe und insbesondere auf das Verarbeitende Gewerbe (18 Prozent Anteil in Ostdeutschland, 31 Prozent in Westdeutschland) eine der wichtigsten Ursachen für das Stagnieren im Aufholprozess. Die höhere Investitionsintensität und das höhere Gewicht der Investitionen in den Dienstleistungsbranchen in Ostdeutschland (31 Prozent zu 24 Prozent) sind nicht in der Lage, den Aufholprozess zu forcieren.

³³ Joachim Ragnitz: Kapitalausstattung ostdeutscher Arbeitsplätze: Rückstand nicht überbewerten, in: *Wirtschaft im Wandel* Nr. 9/2000, S. 255.

Das absolute Investitionsvolumen hat in Ostdeutschland seit Mitte der 90er-Jahre insgesamt deutlich abgenommen:

- Laut ifo-Institut³⁴ lag der Höhepunkt der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands mit 9,4 Mrd. € im Jahr 1995. In den Jahren 2000 bis 2002 waren es nur noch 6,5 bis 7,0 Mrd. €, dies kam einem mittelfristig „normalen Investitionsniveau“, welches ab Mitte des Jahrzehnts mit 5,5 bis 6 Mrd. € vorstellbar wäre, recht nahe. Laut ifo-Angaben ist im Jahr 2003 aus jetziger Sicht mit einem deutlichen Anstieg der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe auf 7,35 Mrd. € zu rechnen – trotz der gedämpft beurteilte Konjunkturlage. Als Grund wird der Eintritt einiger Großprojekte in die intensive Phase angesehen.³⁵
- Die hochgerechneten Befragungsergebnisse des IAB-Betriebspanels ergeben ähnliche Werte und Tendenzen. Auch hier wurde im Jahr 1995 mit 11 Mrd. € der Höhepunkt der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe erreicht, 2002 waren es noch 6 Mrd. €).

Die Investitionssumme je Beschäftigten, d. h. die Investitionsintensität, betrug laut IAB-Betriebspanel in den Betrieben Ostdeutschlands 2002 nur noch 7 Tsd. € (Westdeutschland ebenfalls 7 Tsd. €). Damit ist die Investitionsintensität gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken und liegt jetzt etwa auf westdeutschem Niveau. Die hohen Werte von Anfang und Mitte der 90er-Jahre werden bei Weitem nicht mehr erreicht. Zwischen den Branchen zeigen sich dabei große Unterschiede (vgl. Tabelle 21 und Abbildung 6).

Die Investitionsintensitäten der kleineren Betriebe (mit weniger als 20 Beschäftigten) sind nur halb so hoch wie in den größeren Betrieben (mit 20 Beschäftigten und mehr) (vgl. Abbildung 7).

³⁴ Abweichungen zwischen den Befragungsergebnissen des IAB-Betriebspanels und dem ifo-Institut über das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe resultieren daher, dass in den ifo-Umfragen nur Betriebe ab 20 Beschäftigten berücksichtigt werden.

³⁵ Peter Jäckel: Verarbeitendes Gewerbe der neuen Bundesländer: Zwar Rückgang 2002, aber kräftiger Zuwachs 2003 geplant, in: ifo Schnelldienst Nr. 9/2003, S. 28.

Tabelle 21:
Investitionen je Beschäftigten in den Betrieben Ostdeutschlands 1995 bis 2002 nach Branchen

Branche	Investitionen je Beschäftigten								
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	West-deutsch-land 2002
	Tsd. €								
Land- und Forstwirtschaft	7	7	7	7	7	8	8	7	6
Bergbau/Energie/Wasser	70	42	42	43	39	38	28	36	24
Verarbeitendes Gewerbe	12	9	9	8	9	9	8	7	9
Baugewerbe	4	3	3	3	2	2	1	3	2
Handel und Reparatur	7	6	7	4	4	4	2	3	4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	19	16	13	12	10	16	14	9	12
Kredit- und Versicherungsgewerbe	15	19	13	5	14	9	7	4	6
Dienstleistungen	15	11	13	9	13	10	8	5	5
Unternehmensnahe Dienstleistung	28	25	29	16	30	21	15	8	8
Erziehung und Unterricht	3	3	3	4	3	3	2	2	3
Gesundheits- und Sozialwesen	5	6	7	6	5	6	6	5	3
Übrige Dienstleistungen	22	6	7	7	5	4	4	5	5
Organisationen o. Erwerbscharakter	8	4	7	6	4	2	2	3	6
Öffentliche Verwaltung	13	12	16	13	14	14	14	13	14
Ostdeutschland insgesamt	13	10	11	8	10	9	8	7	
Westdeutschland	.	6	6	7	7	8	7		7

Abbildung 6:
Investitionen je Beschäftigten in Ostdeutschland 2002 nach Branchen

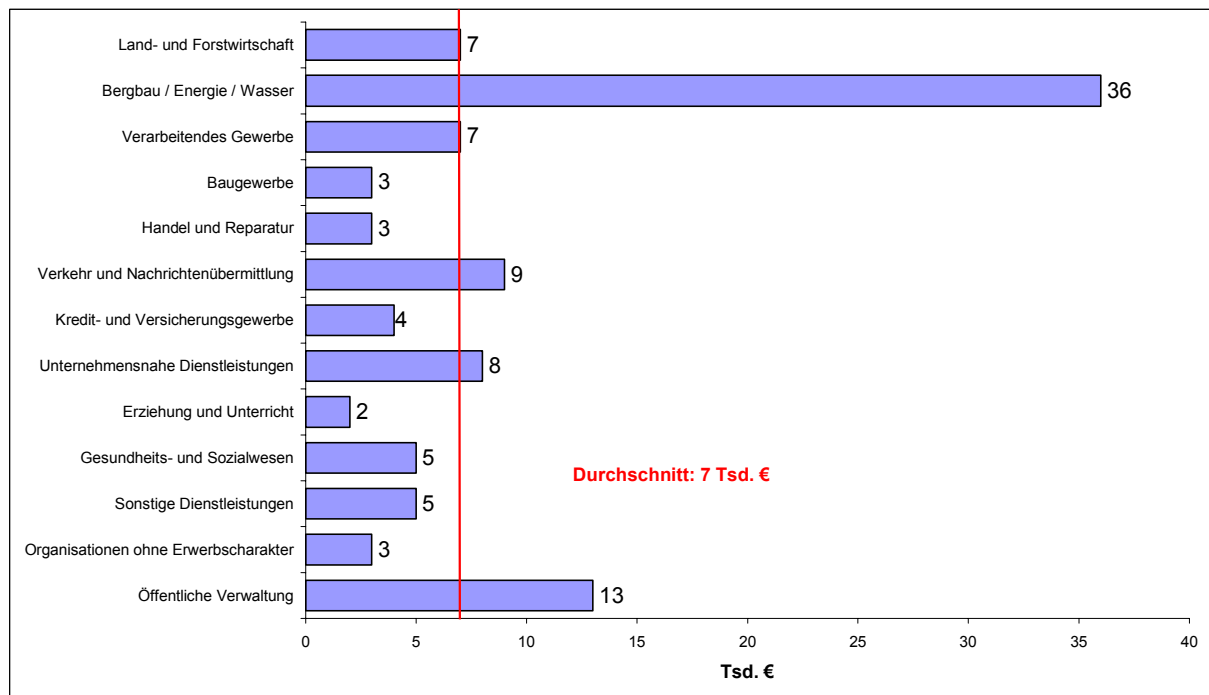
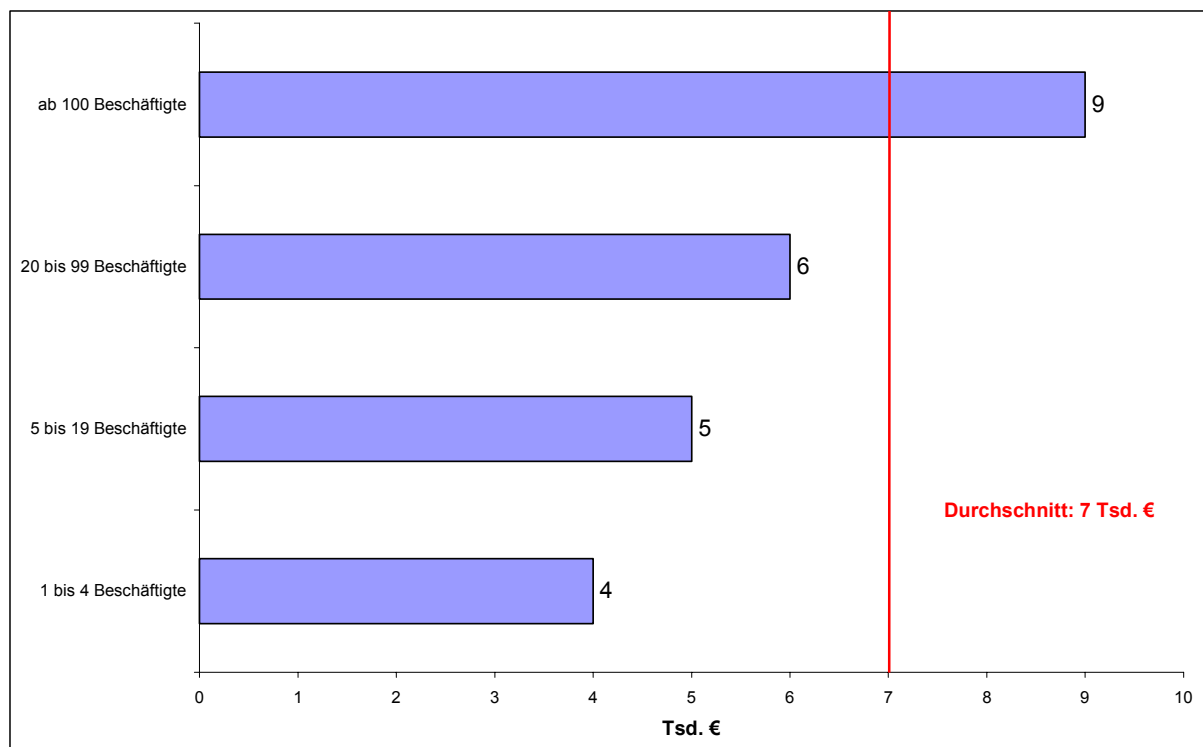


Abbildung 7:
Investitionen je Beschäftigten in Ostdeutschland 2002 nach Betriebsgrößen-
klassen



Hohe Erweiterungsinvestitionen - mehr neue Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe

Die Beschäftigungswirkungen der Investitionen sind unbestritten. Während Erweiterungsinvestitionen der Expansion des Betriebes dienen und damit häufig auch mehr Arbeitsplätze schaffen, sind Ersatzinvestitionen vor allem auf die Sicherung und Modernisierung des Betriebes in Verbindung mit der Einsparung von Arbeitsplätzen und der Erhöhung der Wertigkeit der verbleibenden Arbeitsplätze verbunden. Dabei gibt es oder kann es keinen zwangsläufigen und auch keinen annähernd linearen Zusammenhang geben.³⁶

³⁶ Ergebnisse einer Befragung von etwa 1.000 ehemaligen Treuhandbetrieben im Jahr 2003 ergaben, dass 47 Prozent der Firmen beabsichtigen, ihre Investitionen zur Kapazitätserweiterung und 53 Prozent zur Rationalisierung (einschließlich Ersatzinvestitionen) zu verwenden. Aber selbst von diesen 47 Prozent der Betriebe, die Erweiterungsinvestitionen vornehmen, beabsichtigt nur ca. ein Viertel, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Vgl. Jürgen Wahse, Das gegenwärtige Beschäftigungs- und Wirtschaftspotenzial privatisierter ehemaliger Treuhandunternehmen, a. a. O., S. 328.

Von der gesamten Investitionssumme der ostdeutschen Betriebe im Jahre 2002 entfielen 40 Prozent auf Erweiterungsinvestitionen. Es zeigt sich, dass dieser Anteil im Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich hoch ist (59 Prozent, Westdeutschland nur 43 Prozent).³⁷ Das untermauert von Seiten der Investitionen ein auch künftig zu erwartendes hohes Wachstumstempo im Verarbeitenden Gewerbe. Ein höherer Stellenwert des Verarbeitenden Gewerbes in der ostdeutschen Wirtschaft zählt zu den wichtigsten Bedingungen für die Fortsetzung der Angleichung an die westdeutsche Wirtschaft. Allerdings besteht ein beträchtlicher Rückstand im Gewicht für die Gesamtwirtschaft, für dessen Abbau mehrere Jahre höherer Investitionsvolumina und -intensitäten erforderlich sind, um die Kapitalausstattung insbesondere bei Ausrüstungen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes anzugleichen.

Sinkende Investitionserwartungen

Tabelle 22 zeigt die Entwicklung des Investitionsvolumens zwischen 1995 und 2002. Hervorstechend sind die Einbrüche im Bereich Bergbau/Energie/Wasser, im Baugewerbe sowie im Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung.

Die Betriebe wurden befragt, welche Entwicklung sie für ihre Investitionen für das Jahr 2003 vorgesehen haben. Wie erwartet, vermag ein großer Teil der Betriebe (12 Prozent) zu solch einem relativ frühen Zeitpunkt nicht vorauszusehen, wie sich seine Investitionstätigkeit gestaltet. Die Unsicherheit ist also entsprechend hoch. Insgesamt beabsichtigen nur noch 44 Prozent der Betriebe, im Jahre 2003 zu investieren (2002 = 49 Prozent). Steigende Investitionen im Vergleich zu 2002 erwarten 22 Prozent der Betriebe, geringere jedoch 27 Prozent (vgl. Tabelle 23).

³⁷ Dies entspricht Berechnungen des ifo München, in denen für das Jahr 2000 im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ein Anteil der Erweiterungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen von 59 Prozent ermittelt wurde. Im Verarbeitenden Gewerbe der alten Bundesländer erreichen Erweiterungsinvestitionen dagegen nur einen Anteil von 26 Prozent und stehen hinter den Ersatzbeschaffungen an zweiter Stelle (Peter Jäckel: Verarbeitendes Gewerbe der neuen Bundesländer: 2001 nach sechs Jahren erstmals wieder Investitionsanstieg?, in: ifo Schnelldienst Nr. 13/2001, S. 50).

Tabelle 22:
Investitionsentwicklung in den Betrieben Ostdeutschlands 1996 bis 2002 nach Branchen

Branche	Investitionen (1995=100)						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Prozent						
Land- und Forstwirtschaft	98	96	100	101	100	94	76
Bergbau/Energie/Wasser	58	69	53	57	42	33	36
Verarbeitendes Gewerbe	76	73	65	71	71	61	57
Baugewerbe	77	72	53	45	31	22	35
Handel und Reparatur	103	113	72	63	70	38	43
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	72	62	47	39	74	66	37
Kredit- und Versicherungsgewerbe	120	117	43	120	69	58	28
Dienstleistungen	79	95	64	104	77	59	44
Unternehmensnahe Dienstleistungen	97	120	66	151	103	68	39
Erziehung und Unterricht	139	145	173	143	140	84	77
Gesundheits- und Sozialwesen	131	152	129	105	120	128	114
Übrige Dienstleistungen	28	33	33	21	17	21	26
Organisationen ohne Erwerbscharakter	50	63	50	35	25	19	25
Öffentliche Verwaltung	84	92	76	78	77	72	63
Ostdeutschland insgesamt	78	85	63	77	69	56	46

Tabelle 23:
Erwartete Investitionsentwicklung in den Betrieben Ostdeutschlands 2003 gegenüber 2002 nach Betriebsgrößenklassen (Anteil an der Zahl der Betriebe)

Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Investitionen 2003		
	eher Zunahme	etwa gleich	eher Abnahme
	Prozent		
1 bis 4 Beschäftigte	20	56	24
5 bis 19 Beschäftigte	24	46	30
20 bis 99 Beschäftigte	21	43	36
ab 100 Beschäftigte	26	41	33
Ostdeutschland insgesamt	22	51	27
Westdeutschland	19	53	28

Wenn auch keine unmittelbaren Schlussfolgerungen über das zu erwartende Investitionsvolumen zulässig sind, ist allerdings herauszustellen, dass ca. 35 Prozent der Betriebe ab 5 Beschäftigten ihre Investitionen reduzieren und nur gut 20 Prozent steigern wollen. Sie vereinigen auf sich fast 95 Prozent der gesamten Investitionssumme im Osten Deutschlands. Etwas optimistischer schätzen die Kleinstbetriebe (weniger als 5 Beschäftigte) ihre Erwartungen ein. Nur 24 Prozent von ihnen wollen ihre Investitionen reduzieren. Alles in allem ist zu vermuten, dass 2003 eher mit einem Rückgang der Investitionen zu rechnen ist.

Abnehmende Investitionen haben sicher unterschiedliche Gründe. Viele Vorhaben zur Modernisierung der Betriebe sind weitgehend abgeschlossen. Investitionszusagen ehemaliger Treuhandbetriebe gegenüber der Treuhandanstalt/BvS laufen aus bzw. sind in der Regel bereits ausgelaufen, und auch Maßnahmen der staatlichen Investitionsförderung dürften kaum stärker ausgebaut werden. Auch die mangelnde Eigenkapitalausstattung vieler Betriebe wird die Investitionsbereitschaft eher mindern. Die schwierige finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte und der vielerorts anzutreffende Leerstand von Büros wird die Bautätigkeit ebenfalls negativ beeinflussen. Daher könnte sich die Verringerung des Investitionsumfangs in den nächsten Jahren weiter fortsetzen, die möglicherweise auch mit einem weiteren Rückgang der Investitionsintensität verbunden ist.³⁸

Resümee

Hervorzuheben ist:

1. Die Investitionsbereitschaft der ostdeutschen Betriebe ist im letzten Jahr deutlich gesunken. Dies gilt gleichermaßen für das Investitionsvolumen und die Investitionsintensität. Höhere Wachstumsraten bei den Kennziffern der Investitionsaktivitäten in Ostdeutschland über einen langen Zeitraum sind für den Aufholprozess unabdingbar.
2. Das Gewicht der Investitionen im Produzierenden und speziell im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands liegt wesentlich unter dem westdeutschen Vergleichswert. Der relativ hohe Anteil an Erweiterungsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe stützt die Erwartung, dass die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes in der ostdeutschen Wirtschaft zukünftig wächst. Dadurch kann der Aufholprozess stimuliert werden.

³⁸ Die Betriebe haben angegeben, dass ihre Investitionen 2002 etwa 6 Prozent des Umsatzes erreicht haben. Im Verarbeitenden Gewerbe sind von den Firmen ebenfalls etwa 6 Prozent ihres Umsatzes investiert worden. Dies ist trotz sinkender Tendenz immer noch ein höherer Anteil als in den alten Bundesländern (etwa 4 Prozent).

Vgl. auch Bernd Görzig, Gerda Noack: Vergleichende Branchendaten für das Verarbeitende Gewerbe in Ost- und Westdeutschland, Berechnungen für 31 Branchen, 1991 bis 2002, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Dezember 2003, S. 263.

3. Die ostdeutschen Betriebe verfügen über einen mit westdeutschen Betrieben vergleichbaren modernen technischen Stand bei den Anlagen. Auch die Ausstattung mit Computern und der Netzzugang sind vergleichbar. Der Investitionsanteil für diese Technologien war im Jahr 2002 aber deutlich geringer als in westdeutschen Betrieben, was als ein Warnsignal für die zukünftige Entwicklung gelten kann.
4. Öffentliche Förderung ist ein wesentlicher Bestandteil des Investitionsvolumens, sie sichert entscheidende Voraussetzungen für eine kräftige Investitionstätigkeit. Ihre ungeschmälerte Fortsetzung ist eine Bedingung für ein intensives Investitionsgeschehen in Ostdeutschland, für die Wiederaufnahme und die Fortsetzung des Aufholprozesses. Dabei sollte das Verarbeitende Gewerbe im Zentrum stehen.

8 Öffentliche Förderung

Der Abstand in der Produktivität zu den alten Bundesländern wie auch die hohe Arbeitslosigkeit sind nur zwei Aspekte, die deutlich werden lassen, dass der wirtschaftliche Aufbauprozess ebenso wie die Angleichung der Lebensverhältnisse noch längst nicht abgeschlossen sind. Bei allen Fortschritten in den neuen Ländern ist die Unterstützung durch den Bund, den Länderfinanzausgleich, die Bundesagentur für Arbeit und die EU-Strukturfonds weiterhin notwendig. Zum Abbau von Wettbewerbs- und Standortnachteilen sowie unter Beachtung der hohen Belastungen des ostdeutschen Arbeitsmarktes kommt der Wirtschaftsförderung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik nach wie vor ein besonderer Stellenwert zu.

Es ist zu berücksichtigen, dass sich die folgenden Aussagen hauptsächlich auf die Struktur der Inanspruchnahme einzelner Instrumente der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung beziehen, nicht aber auf das Fördervolumen, welches sich hinter den genutzten Instrumenten verbirgt.

Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel: Tendenz sinkend

Die Wirtschaftsförderung ist auf zwei Förderinstrumente konzentriert: zum einen auf Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA-Förderung), die durch EFRE-Mittel ergänzt werden, und zum anderen auf die steuerliche Investitionszulage. Neben diesen beiden Förderinstrumenten erfolgt Wirtschaftsförderung darüber hinaus auch über eine Reihe anderer Programme (auf Ebene der Länder,

des Bundes und der EU), die jeweils auf spezifische Förderziele gerichtet sind. Dabei geht es vor allem um die Förderung von Forschung und Innovation in der gewerblichen Wirtschaft, die Stärkung der Eigenkapitalbildung in Unternehmen, um die Verbesserung der Infrastruktur sowie um die Entwicklung so genannter „weicher“ Standortfaktoren wie den Wohnungs- und Städtebau oder auch den Umweltschutz.

Im Jahr 2002 wurden den ostdeutschen Betrieben nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels aus öffentlichen Mitteln über die Wirtschaftsförderinstrumente der EU, des Bundes und der Länder insgesamt ein Betrag von 7,1 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die Verteilung dieser Zuschüsse auf die Branchen ist sehr unterschiedlich. Auf den Dienstleistungsbereich entfielen davon 2,7 Mrd. €, 1,9 Mrd. € auf die öffentliche Verwaltung, 1,1 Mrd. € auf das Verarbeitende Gewerbe sowie 0,6 Mrd. € auf den Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung. Das Mittelvolumen insgesamt ist in den letzten Jahren leicht, gegenüber Mitte der 90er-Jahre stark gesunken. Dies ist im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung des Investitionsvolumens zu sehen (vgl. Tabelle 24).

11 Prozent der ostdeutschen Betriebe haben zumindest eines der Wirtschaftsförderinstrumente in Anspruch genommen. In Westdeutschland waren es 2002 nur 3 Prozent der Betriebe. Vergleicht man die Entwicklung zwischen 1996 und 2002, so zeigt sich, dass auch der Anteil der ostdeutschen Betriebe, die Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel genutzt haben, deutlich zurückgegangen ist.

Der Anteil der Investitionszuschüsse an den gesamten Investitionen lag im Jahr 2002 bei 20 Prozent (Westdeutschland 6 Prozent). Dabei werden große Unterschiede in den einzelnen Branchen deutlich (vgl. Tabelle 24).

Tabelle 24:
Öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel in Ostdeutschland
1996 bis 2002 nach Branchen

Branche	Zuschüsse					Anteil der geförderten Betriebe an allen Betrieben			
	1996	2000	2001	2002		1996	2000	2001	2002
	Mrd. €					Prozent			
Land- und Forstwirtschaft	0,6	0,2	0,2	0,2	(20)	61	27	14	17
Bergbau/Energie/Wasser	0,9	0,6	0,2	0,2	(9)	37	42	22	26
Verarbeitendes Gewerbe	1,8	1,3	1,4	1,1	(18)	49	35	30	25
Baugewerbe	1,3	0,1	0,1	0,1	(7)	40	21	13	13
Handel und Reparatur	0,5	0,2	0,0	0,2	(8)	17	11	8	7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,0	1,5	1,6	0,6	(20)	21	10	13	5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,0	0,0	0,0	0,0	(0)	4	1	3	0
Dienstleistungen	7,4	3,8	3,0	2,7	(25)	33	14	9	9
Unternehmensnahe Dienstleistungen	2,8	1,8	1,7	1,0	(19)	35	17	10	11
Erziehung und Unterricht	1,5	0,4	0,4	0,3	(46)	35	10	18	14
Gesundheits- und Sozialwesen	2,1	1,5	0,6	1,0	(36)	42	14	8	5
Übrige Dienstleistungen	1,0	0,1	0,3	0,4	(21)	22	12	7	9
Organisationen ohne Erwerbscharakter	0,4	0,1	0,1	0,1	(23)	32	32	16	17
Öffentliche Verwaltung	5,8	2,3	1,7	1,9	(27)	33	30	29	24
Ostdeutschland insgesamt	20,7	9,9	8,3	7,1	(20)	32	17	12	11
Westdeutschland	24,9	16,4	.	11,8	(6)	6	5	4	3

Werte in Klammern: Anteil der Zuschüsse an den Investitionen insgesamt (in Prozent)

Die Zuschüsse werden von Betrieben in den unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen sehr differenziert in Anspruch genommen. Von den Betrieben mit bis zu 4 Beschäftigten sind es lediglich 7 Prozent. Vor allem Betriebe ab 20 Beschäftigte nutzten die gegebenen Fördermöglichkeiten weitaus stärker (ca. 30 Prozent) (vgl. Tabelle 25). Vergleichbare Tendenzen zeigen sich bei der Inanspruchnahme von Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen. Damit korrespondiert, dass die 356 Tsd. Kleinbetriebe mit bis zu 20 Beschäftigten in Ostdeutschland 15 Prozent des Fördervolumens binden konnten, während auf die knapp 7 Tsd. Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten ca. 55 Prozent des absoluten Fördervolumens entfielen.

Nicht zuletzt betrug auch der Anteil der Zuschüsse an den gesamten Investitionen in den Kleinstbetrieben mit 12 Prozent nur die Hälfte des Anteils in Betrieben mit 100 Beschäftigten und mehr (23 Prozent).

Tabelle 25:
Öffentliche Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel in Ostdeutschland
2002 nach Betriebsgrößenklassen

Betriebsgrößenklasse am 30.6.2003	Zuschüsse		Anteil der geförderten Betriebe an allen Betrieben
	Absolut	Anteil an Investitionen	
	Mrd. €	Prozent	Prozent
1 bis 4 Beschäftigte	0,2	12	7
5 bis 19 Beschäftigte	0,8	13	12
20 bis 99 Beschäftigte	2,1	21	25
ab 100 Beschäftigte	4,0	23	34
Insgesamt	7,1	20	11

Die einzelnen Förderinstrumente wurden in sehr unterschiedlichem Maße genutzt. Allerdings ist nochmals zu betonen, dass die folgenden Daten nichts über das finanzielle Fördervolumen der einzelnen Instrumente aussagen. Sie ermöglichen lediglich, den Kreis der Betriebe näher zu charakterisieren, die diese Instrumente in Anspruch genommen haben. 7 Prozent aller Betriebe haben steuerliche Hilfen (z. B. Investitionszulagen oder Sonderabschreibungen) genutzt. Damit kommt dieser Art der Förderung unter den verschiedenen Wirtschaftsförderinstrumenten das uneingeschränkte Hauptgewicht zu. Betrachtet man speziell das Verarbeitende Gewerbe, so hat sogar jeder fünfte Betrieb steuerliche Hilfen in Anspruch genommen. Auch hier sind Kleinstbetriebe mit weniger als 5 Beschäftigten unterrepräsentiert.

Von deutlich weniger Betrieben werden die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Mittel aus spezifischen Bundes- und Landesprogrammen (z. B. Mittelstandsförderung) und auch aus europäischen Förderprogrammen (jeweils 1 bis 2 Prozent) in Anspruch genommen (vgl. Tabelle 26).

Tabelle 26:

Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen für Investitionen und Sachmittel in Ost- und Westdeutschland 2002 in ausgewählten Branchen (Anteil an der Zahl der Betriebe, Mehrfachnennungen waren möglich)

Art der Zuschüsse	Ost-deutsch-land	darunter:				West-deutsch-land
		Verar-beiten-des Gewer-be	Bau-gewer-be	Dienst-leistun-gen	Öffent-liche Verwal-tung	
	Prozent	Prozent				Prozent
Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	1	5	0	0	9	0
Mittel aus Bundesprogrammen	1	2	1	1	6	1
Mittel aus Landesprogrammen	2	3	0	1	15	1
Mittel aus Europäischen Förderprogrammen/ Strukturfonds	1	1	0	1	5	0
Steuerliche Hilfen (z. B. Investitionszulagen oder Sonderabschreibungen)	7	20	12	5	3	1
Andere Hilfen	2	2	0	3	9	1
Keine Zuschüsse	89	75	87	91	76	97

Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten nur noch für jeden vierten Betrieb

Die zu Beginn des Jahres 2004 in Deutschland erreichte Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen von 4,6 Millionen zeigt auf anschauliche Weise, dass von der Wirtschaft gegenwärtig nicht die erforderliche Anzahl von Arbeitsplätzen angeboten wird, um die Nachfrage auch nur annähernd decken zu können. Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten sind deshalb ein wichtiges Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik, mit dem die Eingliederung von Zielgruppen in ungeforderte Beschäftigung vorangetrieben werden soll und die auch in den Hartz-Gesetzen einen prominenten Platz einnehmen.

Das IAB-Betriebspanel geht auch in dieser Befragungswelle dem Problem nach, in welchem Umfang Zuschüsse zu den Lohn- und Gehaltskosten - diesmal im Jahr 2002 - sowohl im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung (ABM, SAM, BSI) als auch in der privaten Wirtschaft (z. B. Eingliederungszuschüsse) genutzt worden sind.

Geförderte Betriebe

Im Jahr 2002 hat ein Viertel der ostdeutschen Betriebe Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten in Anspruch genommen. Damit nutzten in den neuen Bundesländern ca. dreimal so viele Betriebe diese Fördermöglich-

keiten als in den alten Bundesländern (25 im Vergleich zu 9 Prozent). In den alten Bundesländern ist seit 1996 eine relative Konstanz beim Anteil der geförderten Betriebe zu verzeichnen (zwischen 8 und 11 Prozent), während sich in Ostdeutschland das Niveau lange Zeit bei gut 30 Prozent eingepegelt hatte, 2002 aber nur noch 25 Prozent betrug.

Von Organisationen ohne Erwerbscharakter wie auch von der öffentlichen Verwaltung werden Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten in deutlich höherem Umfang genutzt als in anderen Branchen. Immerhin haben 58 bzw. 47 Prozent dieser Betriebe solche Zuschüsse genutzt. Dies dürfte sich im Wesentlichen dadurch erklären, dass sich hinter den Organisationen ohne Erwerbscharakter in hohem Maße die Trägerlandschaft der Arbeitsförderung verbirgt und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung ebenfalls in großer Zahl vor allem ABM- wie auch BSHG-Stellen eingerichtet haben. Im Verarbeitenden Gewerbe ist seit einigen Jahren eine sinkende Tendenz zu konstatieren; der Anteil der geförderten Betriebe liegt nur noch bei durchschnittlich 25 Prozent (vgl. Tabelle 27).

Tabelle 27:

Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen zu Lohn- und Gehaltskosten in Ostdeutschland 1996 bis 2002 nach Branchen

Branche	Anteil der geförderten Betriebe an allen Betrieben						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Prozent						
Land- und Forstwirtschaft	30	33	50	45	45	42	24
Bergbau/Energie/Wasser	20	15	20	25	31	38	29
Verarbeitendes Gewerbe	27	36	45	42	40	35	25
Baugewerbe	21	36	40	28	34	31	21
Handel und Reparatur	17	26	36	34	23	28	25
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11	24	32	32	39	23	22
Kredit- und Versicherungsgewerbe	19	14	11	11	21	25	18
Dienstleistungen	20	27	40	33	31	30	24
Unternehmensnahe Dienstleistungen	20	31	40	38	31	28	26
Erziehung und Unterricht	20	20	54	27	19	36	36
Gesundheits- und Sozialwesen	16	20	31	22	27	24	19
Übrige Dienstleistungen	22	31	46	36	39	37	24
Organisationen ohne Erwerbscharakter	68	62	51	47	57	67	58
Öffentliche Verwaltung	39	44	44	40	49	46	47
Ostdeutschland insgesamt	22	30	39	34	33	31	25
Westdeutschland	8	8	9	9	11	10	9

Betrachtet man die Nutzung einzelner Instrumente gesondert, so sind mit steigendem Niveau (11 Prozent) die Eingliederungszuschüsse die am

meisten in Anspruch genommenen Fördermaßnahmen. Das ist zugleich jener Zuschuss, von dem auch die Betriebe in den alten Bundesländern mit 3 Prozent am meisten Gebrauch machen. Die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW) haben in den neuen Bundesländern ebenfalls noch ein beachtliches Gewicht. Immerhin haben 3 Prozent der ostdeutschen Betriebe dieses Förderinstrument genutzt, wobei gegenüber den Vorjahren ein deutlicher Rückgang zu beobachten ist (1999: 15 Prozent, 2000: 9 Prozent, 2001: 6 Prozent), der auf die Einschränkungen auf Zielgruppen ab 1999 und die Verringerung der Förderhöchstbeträge zurückzuführen ist. Die Zuschüsse im Rahmen des Jugendsofortprogramms und die Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose werden von 4 bzw. 3 Prozent aller Betriebe genutzt.

3 Prozent der Betriebe nahmen Zuschüsse für ABM in Anspruch. Dies konzentriert sich allerdings auf zwei Bereiche. Von den Organisationen ohne Erwerbscharakter haben 27 Prozent Lohnkostenzuschüsse für ABM erhalten, von den Betrieben der öffentlichen Verwaltung 32 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe ist die Nutzung von ABM nahezu zu vernachlässigen, obwohl eine Inanspruchnahme auch in der privaten Wirtschaft in der spezifischen Form der Vergabe-ABM durchaus möglich wäre. Damit bestätigen die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels die Aussage, wonach diese Form der Umsetzung von ABM von der privaten Wirtschaft nach wie vor kaum genutzt wird.

In ähnlicher Größenordnung (2 Prozent) liegt auch die Nutzung von traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) und Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen (BSI). Das im Jahr 2003 neu eingeführte Instrument BSI spielt im Rahmen aller Beschäftigung schaffender Maßnahmen (ABM, traditionelle SAM, BSI) rein quantitativ nur eine untergeordnete Rolle. Belegt wird dies durch Angaben der Bundesagentur für Arbeit, nach denen es im Juni 2003 in Ostdeutschland etwa 1.100 BSI-Teilnehmer gab, das sind ca. 1 Prozent aller Teilnehmer an Beschäftigung schaffenden Maßnahmen.

Die anderen Formen von Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen spielen demgegenüber – wie auch schon in den Vorjahren – eine nur untergeordnete Rolle. Der Anteil der geförderten Betriebe bewegte sich hier jeweils höchstens bei 1 Prozent (vgl. Tabelle 28).

Tabelle 28:

Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen zu Lohn- und Gehaltskosten in Ost- und Westdeutschland 2002 in ausgewählten Branchen (Anteil an der Zahl der Betriebe, Mehrfachnennungen waren möglich)

Art der Zuschüsse	Ost-deutsch-land	darunter:				West-deutsch-land
		Verar-beiten-des Ge-werbe	Bau-gewer-be	Dienst-leis-tungen	Öffent-liche Verwal-tung	
	Prozent	Prozent				Prozent
Zuschüsse für ABM- Beschäftigte	3	0	0	3	32	1
SAM (ohne SAM OfW), BSI	2	1	1	2	9	0
SAM OfW	3	3	2	3	3	0
Lohnkostenzuschüsse oder Zuschüsse für Qualifi-zierungs-ABM aus dem Jugend-Sofortprogramm	4	5	5	3	4	1
Eingliederungszuschuss (Einarbeitung, erschwerte Vermittlung, Schwerbehinderte ältere Arbeitneh-mer)	11	14	12	11	10	3
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	0	0	1	0	0	0
Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	3	3	3	3	1	1
Leistungen für berufliche Rehabilitation	0	1	0	1	0	0
Arbeit statt Sozialhilfe (BSHG)	1	0	0	1	5	0
Altersteilzeitzuschuss	1	2	0	1	13	2
Sonstige Lohnkostenzuschüsse (z. B. des Landes)	3	3	2	3	6	1
Keine Zuschüsse	75	75	79	76	53	91

Auch bei Zuschüssen für Lohn- und Gehaltskosten gibt es einen engen Zusammenhang zwischen ihrer Inanspruchnahme und der Betriebsgröße. Als Faustregel gilt: Je größer der Betrieb ist, desto häufiger werden derartige Zuschüsse in Anspruch genommen. Nur ein Viertel der Betriebe mit unter 100 Beschäftigten haben derartige Zuschüsse genutzt, während es bei Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten zwei Drittel (66 Prozent) waren. Diese generelle Aussage trifft im Wesentlichen auf alle Formen von Lohnkostenzuschüssen zu (mit Ausnahme der Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen) (vgl. Tabelle 29). Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Diskrepanz der Nutzung dieser Zuschüsse zwischen kleinen und großen Betrieben zum Teil noch größer.

Tabelle 29:
Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen zu Lohn- und Gehaltskosten in Ost-
deutschland 2002 nach Betriebsgrößenklassen (Anteil an der Zahl der Betrie-
be)

Art der Zuschüsse	1 bis 4	5 bis 19	20 bis 99	ab 100	Insge- samt
	Beschäftigte				Prozent
	Prozent				
Zuschüsse für ABM- Beschäftigte	2	2	8	19	3
SAM (ohne SAM OfW), BSI	2	2	6	12	2
SAM OfW	2	3	6	8	3
Lohnkostenzuschüsse oder Zuschüsse für Qualifi- zierungs-ABM aus dem Jugend-Sofortprogramm	2	5	8	13	4
Eingliederungszuschuss (Einarbeitung, erschwerte Vermittlung, Schwerbehinderte ältere Arbeitneh- mer)	6	13	24	35	11
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	0	1	0	0	0
Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	1	5	6	8	3
Leistungen für berufliche Rehabilitation	0	0	1	5	0
Arbeit statt Sozialhilfe (BSHG)	0	1	2	6	1
Altersteilzeitzuschuss	0	1	6	24	1
Sonstige Lohnkostenzuschüsse (z. B. des Landes)	3	3	5	9	3
Keine Zuschüsse	84	70	55	34	75

Geförderte Beschäftigte

Die Gesamtzahl der in den neuen Bundesländern aus öffentlichen Mitteln mit Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen geförderten Beschäftigten lag 2002 nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels bei ca. 420 Tsd. Personen. Dies entsprach einem Anteil von 8 Prozent an allen Beschäftigten (in Westdeutschland 2 Prozent). Dies ist eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahr (ca. 500 Tsd. Personen mit einem Anteil der geförderten Beschäftigten von 9 Prozent) (vgl. Tabelle 30). Das Ausmaß der Förderung in den neuen Ländern wird deutlich, wenn man den Anteil an den Beschäftigten in Deutschland mit dem an den geförderten Personen zwischen Ost- und Westdeutschland vergleicht: 2002 gab es 16 Prozent der Beschäftigten in den neuen Ländern, jedoch 45 Prozent der mit Zuschüssen für Lohn- und Gehaltskosten geförderten Personen.

Betrachtet man die Verteilung der Geförderten auf die verschiedenen Branchen, so sind mit 187 Tsd. Personen die meisten dem Dienstleistungssektor zuzuordnen (9 Prozent der Beschäftigten dieses Bereiches). Innerhalb des Dienstleistungssektors wurden allein im Bereich Erziehung und Unterricht etwa 56 Tsd. Personen und damit 16 Prozent der Beschäftigten

dieser Branche gefördert.³⁹ Gemessen am Anteil an den Beschäftigten gingen die meisten Lohn- und Gehaltskostenzuschüsse in den Bereich der Organisationen ohne Erwerbscharakter und damit vor allem an gemeinnützige freie Träger von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, z. B. ABS-Gesellschaften. Mit 58 Tsd. Personen wurden 59 Prozent der Beschäftigten dieses Bereiches gefördert (vgl. Tabelle 30).

Tabelle 30:
Beschäftigte mit öffentlichen Zuschüssen zu Lohn- und Gehaltskosten in Ostdeutschland 1996 bis 2002 nach Branchen

Branche	Beschäftigte mit Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen	Anteil an allen Beschäftigten					
		1996	1998	1999	2000	2001	2002
	2002 Tsd. Personen	Prozent					
Land- und Forstwirtschaft	23	19	22	16	21	24	14
Bergbau/Energie/Wasser	1	1	1	2	2	2	1
Verarbeitendes Gewerbe	28	5	6	7	5	4	3
Baugewerbe	21	5	8	5	7	6	4
Handel und Reparatur	39	4	7	6	5	5	5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8	1	4	4	4	3	2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3	1	1	1	3	3	2
Dienstleistungen	187	10	12	11	11	11	9
Unternehmensnahe Dienstleistungen	42	4	7	8	6	6	7
Erziehung und Unterricht	56	15	20	20	19	20	16
Gesundheits- und Sozialwesen	57	9	10	9	10	9	10
Übrige Dienstleistungen	32	13	14	12	15	13	8
Organisationen ohne Erwerbscharakter	58	42	46	61	64	64	59
Öffentliche Verwaltung	52	9	10	12	11	10	10
Ostdeutschland insgesamt	419	8	10	9	10	9	8
Westdeutschland	523	2	1	2	2	2	2

Unter den verschiedenen Lohn- und Gehaltskostenzuschüssen kommt beschäftigungsseitig den Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (ohne SAM OfW) bzw. den Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen das entscheidende Gewicht zu: Von den im Jahr 2002 in Ostdeutschland insgesamt geförderten 420 Tsd. Personen befanden sich 200 Tsd., d. h. fast die Hälfte, in derartigen Maßnahmen.

³⁹ Hier handelt es sich vor allem um freie Bildungsträger.

Deutlicher Rückgang bei Zuschüssen zur betrieblichen Ausbildung

Das Jahr 2002 war - wie schon die gesamten 90er-Jahre - in allen neuen Bundesländern durch eine Unterversorgung mit betrieblichen Ausbildungsplätzen charakterisiert. Zwar ist die Zahl der dem Arbeitsamt gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen in Ostdeutschland rückläufig, aber ebenso sinkt die Anzahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen. Insgesamt verharret die Lücke zwischen Bewerbern und Stellen seit Ende der 90er-Jahre in Ostdeutschland auf hohem Niveau.

Die bestehende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen verlangt daher eine beträchtliche Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes. Für die nächsten 3 bis 4 Jahre bleibt die Aufgabe bestehen, den Einstieg ins Berufsleben staatlich zu fördern. Dabei wurden – regional differenziert - von einigen Bundesländern bereits eine Reihe von Modifikationen im Fördergefüge vorgenommen. Dazu zählen:

- eine Abkehr von der flächendeckenden Förderung zur gezielten Förderung „expandierender Zukunftsberufe“,
- eine Förderung von bisher nicht ausbildenden Betrieben (2002 immerhin 75 Prozent aller Betriebe Ostdeutschlands), um die Eintrittsschwelle in die Berufsausbildung beispielsweise über Verbundausbildungen zu überwinden,
- eine stärkere Konzentration der Förderung auf jene Zielgruppen unter den Jugendlichen, die individuell behindert oder sozial benachteiligt sind.

In diesem Zusammenhang sollten Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen Förderprogrammen auf Landesebene mit der Bund-Länder-Förderung, der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit, den Sonderprogrammen des Bundes bis hin zur ESF-Kofinanzierung weitergeführt werden.

2 Prozent aller ostdeutschen Betriebe haben 2002 eine Förderung zur betrieblichen Ausbildung erhalten, ein Wert, dessen Aussage relativiert werden muss, wenn man bedenkt, dass nur 25 Prozent der Betriebe ausbilden und nur diese die Möglichkeit haben, eine Förderung in Anspruch zu nehmen.

7 Prozent aller ausbildenden Betriebe in Ostdeutschland haben im Jahr 2002 entweder Sachmittelzuschüsse für Ausstattung und Einrichtungen der betrieblichen Bildung oder Zuschüsse zu Ausbildungsvergütungen, zu Lohn- und Gehaltskosten der Ausbilder o. Ä. in Anspruch genommen (Westdeutschland 4 Prozent). Dies ist im Vergleich zum Jahr 2001 (14 Prozent) ein deutlicher Rückgang.⁴⁰ Betrachtet man einzelne Branchen, so fällt ein überdurchschnittlicher Wert in den Bereichen Bergbau/Energie/Wasser, Erziehung und Unterricht und im Baugewerbe auf. Unter dem Durchschnitt wiederum lagen das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (vgl. Tabelle 31).

Tabelle 31:
Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen zur betrieblichen Ausbildung in Ostdeutschland 2002 nach Branchen

Branche	Anteil der geförderten Betriebe an allen Betrieben	Anteil der geförderten Betriebe an den ausbildenden Betrieben
	Prozent	Prozent
Land- und Forstwirtschaft	2	7
Bergbau/Energie/Wasser	4	11
Verarbeitendes Gewerbe	4	7
Baugewerbe	3	10
Handel und Reparatur	3	6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0	1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1	2
Dienstleistungen	2	7
Unternehmensnahe Dienstleistungen	1	5
Erziehung und Unterricht	7	26
Gesundheits- und Sozialwesen	2	5
Übrige Dienstleistungen	2	8
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1	43
Öffentliche Verwaltung	5	4
Ostdeutschland insgesamt	2	7
Westdeutschland	1	4

Untersucht man die Inanspruchnahme der beiden erfragten Formen der Förderung im Bereich der Berufsausbildung (Sachmittelzuschüsse für Ausstattung und Einrichtungen der betrieblichen Bildung sowie Zuschüsse zu Ausbildungsvergütungen, zu Lohn- und Gehaltskosten der Ausbilder o. Ä.),

⁴⁰ Dieser Wert ist aufgrund einer veränderten (eingeschränkten) Fragestellung in der Befragung seit dem Jahr 2001 mit den Werten der IAB-Betriebspanel von 1999 und 2000 nicht vergleichbar.

so zeigt sich eine klare Nutzungsstruktur: Die Förderung wird im Wesentlichen für Lohn- und Gehaltskosten entweder der Auszubildenden oder der Ausbilder eingesetzt. Sachmittelzuschüsse kommen mit 1 Prozent dagegen kaum zum Tragen.

Resümee

Zusammenfassend sei auf folgende fünf Aspekte verwiesen, die die Fördersituation in Ost- und Westdeutschland charakterisieren. Tabelle 32 vermittelt einen Überblick über die Art der Zuschüsse, die die Betriebe in Ost- und Westdeutschland erhalten haben.

Tabelle 32:
Betriebe mit öffentlichen Zuschüssen für Investitionen und Sachmittel, zu Lohn- und Gehaltskosten sowie zur betrieblichen Ausbildung in Ost- und Westdeutschland 2002

Branche	Betriebe mit Zuschüssen		
	für Investitionen und Sachmittel	zu Lohn- und Gehaltskosten	zur betrieblichen Ausbildung
	Prozent		
Ostdeutschland	11	25	2 (7)
Westdeutschland	3	9	1 (4)

Werte in Klammern: Bezugsbasis ausbildende Betriebe

Erstens leisten die Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel mit 7,1 Mrd. € einen beträchtlichen Beitrag zur Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen. Mit rückläufiger Tendenz haben 11 Prozent der ostdeutschen Betriebe (3 Prozent in Westdeutschland) im Jahr 2002 zumindest eines der Instrumente der Wirtschaftsförderung in Anspruch genommen.

Zweitens haben Zuschüsse zu Lohn- und Gehaltskosten für immerhin 25 Prozent der Betriebe (8 Prozent der Beschäftigten) einen hohen Anteil an der Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes. In Westdeutschland liegt die Inanspruchnahme von Lohnkostenzuschüssen auf einem Niveau von 9 Prozent der Betriebe und 2 Prozent der Beschäftigten.

Drittens können auch im Jahr 2002 die vielfach angestrebten Synergieeffekte zwischen den beiden genannten Förderbereichen gesamtwirtschaftlich kaum nachgewiesen werden. Während nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels 11 Prozent der ostdeutschen Betriebe Zuschüsse zu Investitionen und Sachmitteln und 25 Prozent Lohn- und Gehaltskostenzuschüs-

se in Anspruch nahmen, nutzten nur 5 Prozent der Betriebe beide Fördermöglichkeiten.

Viertens nehmen Kleinbetriebe (insbesondere die mit weniger als 5 Beschäftigten) Zuschüsse für Investitionen und Sachmittel sowie zu Lohn- und Gehaltskosten deutlich weniger in Anspruch als größere Betriebe.

Fünftens erhalten 7 Prozent der ausbildenden ostdeutschen Betriebe (2 Prozent aller Betriebe) Fördermittel für ihre betriebliche Ausbildung. Diese Förderung wird im Wesentlichen als Zuschuss zu den Ausbildungsvergütungen bzw. Lohn- und Gehaltskosten der Ausbilder genutzt. Die Sachmittelförderung kann bei der Förderung der beruflichen Erstausbildung fast vernachlässigt werden. Daher wäre zu überdenken, inwieweit auch Investitionsförderung mit der Einrichtung von Lehrstellen verknüpft werden kann.

Impressum

IAB *Forschungsbericht*
Nr. 4 / 2004

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Weddigenstr. 20-22
D-90478 Nürnberg

Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung

Jutta Sebald

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Forschungsberichtes
unter:

<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2004/fb0404.pdf>

IAB im Internet

<http://www.iab.de>

Rückfragen zum Inhalt an

Dr. Lutz Bellmann, Tel. 0911/179-3046,
oder e-Mail: lutz.bellmann@iab.de